



Protokoll

der 44. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 18. Dezember 2024, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: Gianna Hablützel-Bürki (SVP), Anina Ineichen (GAB), Olivier Battaglia (LDP).

Verhandlungsgegenstände:

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK 2
95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK 17
97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK 19
98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK 28



Beginn der 44. Sitzung

Mittwoch, 18. Dezember 2024, 15:00 Uhr

94. Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2025 sowie Budget 2025 der fünf staatlichen Museen, Bericht der FKom und der BKK

[18.12.24 15:00:18, 24.5488.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Besuch auf der Tribüne

Ich begrüsse ganz herzlich eine Gruppe der FMS Basel. Sie ist sogar schon zum zweiten Mal hier. Sie hatte eine Führung und wollte uns auch noch im Betrieb sehen. Ich durfte mich kurz austauschen und sie waren auf dem Turm. Wir freuen uns sehr über dieses Interesse von Ihnen allen und hoffen, Sie haben spannende Einblicke in unsere Budgetdebatte. Herzlich willkommen.

Wir sind stehengeblieben in der Beratung beim Justiz- und Sicherheitsdepartement bei den Anträgen, die zur Staatsanwaltschaft vorliegen, einerseits vom Regierungsrat und andererseits von der Fraktion SP. Es geht um Dienststelle Staatsanwaltschaft, Personalaufwand (Budgetbuch, Kapitel 5.6.4) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 1,748 Millionen, respektive zur gleichen Thematik von der SP eine Verbesserung um 1,27 Millionen Franken.

Wir führen die Debatte zu beiden Anträgen, da sie dasselbe betreffen, gemeinsam durch und stimmen dann in einer Eventualabstimmung über die beiden Anträge ab. Der obsiegende Antrag wird dann dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Zuerst hat der Regierungsrat das Wort für den Antrag und da gebe ich Tanja Soland das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Der Regierungsrat hat seinen Budgetantrag sorgfältig abgewogen und möchte unsatzgemäss an diesem festhalten. Unbestritten ist die Strafverfolgung schweizweit massiv überlastet. Die Situation wird als derart problematisch erachtet, dass nun auch die Plenarversammlung der KKJPD am 12. April 2024 ein Projekt verabschiedet hat, das die Ursachen analysieren und Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorschlagen soll. Auch in Basel-Stadt bringt die stetig steigende Anzahl an Anzeigen und Pendenzen die Staatsanwaltschaft an den Anschlag. Gleichzeitig binden Grossprojekte wie die Reorganisation der Strafverfolgung oder die Digitalisierung der Schweizer Justiz Ressourcen.

Seit 2019 wurden bei der Staatsanwaltschaft insgesamt 51 Stellen bewilligt, was einem Stellenwachstum von über 20 Prozent entspricht. Im Budget 2025 sind drei zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft, wo der grösste Handlungsbedarf besteht, eine zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Personal- und Organisationsentwicklung sowie eine halbe zusätzliche Stelle für drei Jahre befristet bei der Strafbefehlsabteilung eingestellt. Somit lässt sich also nicht begründen, dass der Regierungsrat keine Stellen sprechen möchte, er hat das bisher auch gemacht und auch für das Budget 2025, sondern was uns wichtig ist, ist, dass der Personalausbau nach unserem Wunsch mit Blick auf die begrenzten finanziellen Ressourcen nur schrittweise und möglichst zielgerichtet erfolgen soll.

Das heisst, die Problematik ist erkannt, wir haben einfach entschieden, dass wir das schrittweise machen, wirklich aufmerksam beobachten, weil wir auch sehen, dass es nicht so einfach ist, die Stellen zu finden bei der Staatsanwaltschaft und wir haben bisher jedes Jahr auch Stellen gesprochen. Das ist der Grund, warum wir an unserem Antrag festhalten möchten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Antragsteller für die SP ist Ivo Balmer, der hiermit das Wort hat.

Ivo Balmer (SP): Ich stelle im Namen der SP bei der Staatsanwaltschaft einen weiteren Änderungsantrag zum Budget 2025. Die von der Finanzkommission geforderten zusätzlichen Stellen möchten wir auf den Teil der Jugendstaatsanwaltschaft



begrenzen. Grundsätzlich haben wir die gleiche Haltung wie alle hier drin, wir wollen, dass die Staatsanwaltschaft funktioniert.

Zur konkreten Ausgangslage. Die Staatsanwaltschaft hat einen zu grossen Pendenzenberg mit Rückständen, das ist klar. Die Verfahren dauern lange, Opfer von Straftaten warten zu lange und es passieren Fehler. Das ist die Ausgangslage. Aber diese Herausforderung wurde in den letzten Jahren politisch erkannt und es wurde auch bereits finanziell gehandelt. Es wurde gesagt, seit 2019 sind rund 51 neue Stellen bewilligt worden, das ist eine Zunahme des Personalbestandes um 22 Prozent. Auch die SP hat dazu die Hand gereicht, denn eine gut funktionierende Strafverfolgung ist uns allen wichtig.

Heute verhandeln wir das Budget 2025 und grundsätzlich teilen wir hierzu die dargelegte Haltung der Regierung. Die SP-Fraktion findet weiter, dass ein allfälliger nächster Erhöhungsschritt mit einer präziseren Analyse einhergehen sollte, mit welcher aufgezeigt werden kann, in welchen Bereichen konkret Ressourcen gebraucht werden und welche betrieblichen Optimierungen bereits ergriffen wurden oder noch werden. Diese Auslegeordnung kann als Grundlage gut funktionieren. Es sind somit primär organisatorische und betriebliche Fragen, die uns zu diesem Antrag bewegen und die Ressourcensteuerung in den Fokus rücken sollten.

Eine Erhöhung, wie sie jetzt von einer Mehrheit der Finanzkommission vorgeschlagen wird, entspricht eher dem Prinzip der Giesskanne und das ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Es braucht Übersichten zu betrieblichen Abläufen und Informationen zu erfolgten oder geplanten Optimierungsmöglichkeiten bzw. Anhaltspunkte, in welchen Bereichen die zusätzlichen Stellen auch tatsächlich eingesetzt würden. Das, was jetzt vorliegt, ist uns noch zu wenig ausgereift. Aber wir wollen mit der Erhöhung bei der Jugendstaatsanwaltschaft für ein erstes Hand bieten, in diesem konkret zu benennenden Bereich die Ressourcen zu erweitern. Wir werden auch zukünftig wieder Hand bieten, wenn vertieft analysiert wurde und klarer ersichtlich wird, wie Stellenerhöhungen betrieblich und organisatorisch zielführend wirken können.

Der jetzige Informationsstand genügt noch nicht für alle Bereiche und wir bitten Sie deshalb, unseren abgeschwächten Änderungsantrag zum Budget zu unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Finanzkommission ist nun Joël Thüring an der Reihe.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion bis zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist sicherlich der Antrag, und das sieht man jetzt auch an der Rednerliste, der natürlich am meisten zu diskutieren gibt, auch in der Finanzkommission am meisten zu diskutieren gab, das wird Sie auch wenig überraschen, dass die Diskussion natürlich ähnlich verlaufen ist, was die inhaltliche Bewertung des Antrages anbelangt. Ich möchte trotzdem sagen, dieser Antrag der Finanzkommission hat eine doch breite Zustimmung in der Finanzkommission gefunden. Die Finanzkommission empfiehlt mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, diese Personalaufstockung um total acht Stellen.

Es ist auch so, ich möchte das vielleicht klarstellen, aber vielleicht hat Frau Regierungsrätin Soland auch nicht uns oder die Finanzkommission gemeint, selbstverständlich haben wir nicht behauptet, dass der Regierungsrat nicht auch daran ist, dort bei der Staatsanwaltschaft neue Stellen zu schaffen. Sie hat es dann auch ausgeführt, dass der Regierungsrat 3,0 zusätzliche Stellen bei der Jugendanwaltschaft vorgesehen hat, 0,5 Stellen zusätzlich für drei Jahre temporär befristet im Erwachsenenbereich und dann ebenfalls temporär befristet für drei Jahre im Stab der Staatsanwaltschaft. Die Finanzkommission hat diese Ausführung des Regierungsrates, so wie sie Frau Regierungsrätin Soland heute noch einmal auch getätigt hat im Namen des Regierungsrates, selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Wir haben aber auch den ersten Staatsanwalt gehört, der uns gesagt hat, was er insgesamt beantragt hat bei der Regierung, das waren 20,6 Stellen, und deshalb würde ich auch sagen, geschätzter Herr Kollege Balmer, Sie haben es, glaube ich, Giesskanne genannt, ich würde jetzt nicht behaupten, dass der Antrag der Finanzkommission Giesskanne wäre, sondern er ist sehr gezielt auf diese zwei Bereiche verteilt, nämlich zusätzlich zwei weitere Stellen bei der Jugendanwaltschaft und eben sechs weitere Stellen im Erwachsenenbereich. Die Situation der Pendenzenlast, die hat sich, wie ich eingangs erwähnt habe, zwar verbessert, aber sie ist natürlich trotzdem immer noch enorm hoch und das hat die Finanzkommission in einer Mehrheit bewegt, dass wir heute über den Antrag des Regierungsrates hinausgehen. Der Antrag der SP-Fraktion lag uns nicht vor, die Finanzkommission konnte ihn deshalb auch nicht beraten. Die Finanzkommission hält aber an ihrem Antrag entsprechend auch fest.

Ich möchte einfach noch ganz kurz aus dem letztjährigen, aus dem vorletzten Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft zitieren. Diese Aufsichtskommission ist ja gerade auch was diese Thematik der Staatsanwaltschaft insgesamt anbelangt, wahrscheinlich oft sehr viel näher wie ein politisches Gremium und sie hat damals im Bericht 2023 festgehalten: Zusammenfassend hält die Aufsichtskommission fest, dass die Kripo, die allgemeine Abteilung und die Wirtschaftsabteilung strukturell überlastet sind. Aufgrund der statistischen Indikatoren geht die Aufsichtskommission davon aus, dass sich die Situation weiter verschärfen wird. Und jetzt, und ich finde dieser Satz oder dieser Teil sollte eben auch eine gewisse Berücksichtigung finden bei Ihrer Entscheidung, was Sie heute abstimmen werden, zu besonderer Besorgnis



gibt dabei Anlass, dass die strukturelle Überlastung zunehmend Auswirkungen auf die Gesundheit von einzelnen Mitarbeitenden zu haben scheint und deshalb mit weiteren Ausfällen und Kündigungen zu rechnen ist, was die angespannte Pendenzensituation weiter verschärfen würde. Die Aufsichtskommission empfiehlt den politischen Instanzen, damit sind auch wir gemeint, diesen Befund zur Kenntnis zu nehmen und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.

Nun kann man andere Schlüsse daraus ziehen, das ist selbstverständlich legitim. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass eine moderate, zusätzliche Personalaufstockung von sechs und zwei Stellen in diesen beiden Bereichen sinnvoll ist. Wir gewähren nicht das, was die Staatsanwaltschaft ursprünglich wahrscheinlich insgesamt sich gewünscht hätte, sondern versuchen ihr einen Mittelweg zu bestreiten, auch im Wissen, das hat Frau Soland gesagt und da hat sie natürlich recht, dass ja nicht alle diese Stellen bereits dann, wenn wir sie heute sprechen würden, am 1. Januar oder am 1. Februar 2025 besetzt sein werden. Das heisst, wir geben damit nur den Headcount frei, die Stellen müssen danach auch zuerst besetzt werden und auch das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber die Zahl der Delikte, das haben Sie gesehen in diesen Diagrammen, die uns die Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt hat, zeigen, dass sowohl im Strafgesetzbuch, beim Betäubungsmittelgesetz, aber auch beim AIG die Zahlen nicht rückläufig sind und deshalb hat die Finanzkommission entschieden mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, dass man diese zusätzlichen 1,748 Millionen einstellen soll, um insgesamt acht Stellen zu schaffen.

Deshalb bitte ich Sie im Namen dieser Mehrheit, diesem Antrag der Finanzkommission Folge zu leisten. Und auf die Frage, die dann der Grossratspräsident stellen wird, es ist ja eine Eventualabstimmung, Regierung gegen SP-Antrag, dazu hat die Finanzkommission keine Haltung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei den Fraktionsvoten und Pascal Messerli angelangt für die SVP.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion wird hier dem Antrag der Finanzkommission zustimmen und den Antrag des Regierungsrates und derjenigen der SP-Fraktion ablehnen. Bei der Haltung des Regierungsrates kann die SVP-Fraktion wirklich nur den Kopf schütteln, nicht nur finanzpolitisch, sondern hier auch sicherheitspolitisch. Der Regierungsrat hat hier eine völlig falsche Prioritätensetzung. Darauf haben wir auch schon beim Legislaturplan hingewiesen, in welchem die Sicherheit nicht einmal erwähnt wird. Wir sind seit Jahren der kriminellste Kanton, bei der Staatsanwaltschaft existieren über 13'000 pendente Fälle. Niemand kann mit der jetzigen Situation zufrieden sein und deshalb benötigt es dringenden Handlungsbedarf. Es ist doch schon auch eine absolute Farce, ich habe es heute Morgen schon gesagt, wenn wir es fertig bringen, in den letzten vier Jahren 1'000 neue Staatsstellen zu sprechen und gleichzeitig nicht bereit sind, in der Sicherheitspolitik, der zentralsten Staatsaufgabe überhaupt, derartige Missstände zu beheben.

Und wenn ich dann den Abänderungsantrag der SP sehe, dann muss ich hier etwas weniger den Kopf schütteln, weil immerhin der Bedarf bei der Jugendanwaltschaft anerkannt wird. Aber trotzdem, auch wenn ich Ivo Balmer normalerweise immer sehr schätze für seine genialen Voten, hier eiert die SP schon genau gleich herum bei Sicherheitsfragen, wie es die GLP in finanzpolitischen Fragen tut. Sie sprechen von einer Gesamtschau. Sie sprechen davon, dass wir Ressourcen gezielt einsetzen sollen, was in einem Umkehrschluss heissen soll, die Staatsanwaltschaft soll Prioritäten setzen. Das würde ja dann im Umkehrschluss aber bedeuten, dass die Staatsanwaltschaft in gewissen Bereichen weniger tätig sein soll und da frage ich schon in die Runde der SP-Fraktion, welche jetzt hier diesen Antrag unterstützt, in welchen Bereichen soll die Staatsanwaltschaft bei den 13'000 offenen Fällen nicht prioritär handeln? Soll die Staatsanwaltschaft Gewaltdelikte gegen Männer weniger prioritär behandeln? Soll die Staatsanwaltschaft Strassenverkehrsdelikte ignorieren oder benötigt es etwa weniger Ressourcen bei Betrugsfällen, bei Schockanrufen oder benötigt es weniger Ressourcen bei Raub- und Einbruchdelikten, wo die Staatsanwaltschaft weniger aktiv sein soll? Sie sehen ja schon bei der Fragestellung, dass dies völlig absurd wäre.

Selbstverständlich ist es eine zentrale Staatsaufgabe, dass bei der Staatsanwaltschaft sämtliche pendente Fälle nach Möglichkeit abgeschlossen werden und hier nicht irgendwelche Triagen stattfinden, das kann doch nicht in unserem Sinne sein. Und dass Fälle abgeschlossen werden zu einer richtigen Zeit, das ist im Sinne von allen. Es ist im Sinne der Behörden, es ist im Sinne der Mitarbeiter, es ist im Sinne der Opfer, der Opferhilfe, der Geschädigten und auch im Sinne der Beschuldigten. Ich bin in der Strafverteidigung tätig. Wenn ich Anrufe von meinen Klienten bekomme, sind die meisten Fragen dann immer, wann ist der Fall endlich abgeschlossen, wann bekomme ich meine Gegenstände zurück, wann kann ich dieses Kapitel endlich abschliessen, etc. Es kann doch nicht in Ihrem Sinne sein, dass wir hier nicht derartige Missstände beheben und hier endlich einmal diese benötigten Ressourcen sprechen, damit dieser Pendenzenberg schnell abgebaut werden kann und wir langfristig hier eine gute Lösung finden.

Und im Übrigen ist Ihr Verhalten hier schon auch etwas widersprüchlich. Beim Strafgericht haben Sie erst vor kurzem mehr Stellenprozente für Gerichtspräsidien gesprochen, weil der Aufwand zugenommen hat, ja, er hat zugenommen, und dann macht es doch auch Sinn, dass wir bei der Staatsanwaltschaft diese Ressourcen sprechen, weil 95 Prozent aller Fälle werden im Strafbefehlsverfahren beendet. Dementsprechend benötigt es diese Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft.



Ich bitte Sie hier im Namen der SVP-Fraktion, der Finanzkommission zu folgen, den SP-Antrag und auch den Antrag der Regierung abzulehnen, um hier endlich diese Sicherheit prioritär zu behandeln im Sinne unserer Bevölkerung, welche das hier auch erwarten darf.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die FDP spricht David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich wiederhole jetzt, ich gebe es zu, ein bisschen Herr Messerli, bringe vielleicht teilweise Science Speech ein bisschen im FDP-Slang rüber. Aber ich glaube, wir müssen einfach sehen, die Arbeit ist vorhanden und wenn die SP plötzlich von Betriebswirtschaft redet, dann ist das sehr verdächtig. In anderen Bereichen unseres Staates ist die Betriebswirtschaft der Teufel per se. Wenn es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, dann ist für alle auf der linken Seite klar, dann erhöhen sich automatisch die Stellen der Lehrerinnen und Lehrer. Wenn da jemand von uns sagen würde, könnte man nicht prüfen, ob es nicht betriebswirtschaftlich besser wäre, wenn die Klassengrössen wieder erhöht werden, dann würden wir ausgebuht aus diesem hohen Hause. Wenn aber die Kriminalität, die Anzeigen steigen, dann sagen Sie, jetzt müssen wir zuerst alles analysieren, grosse Studien machen, optimieren. Das ist sicherlich in einem gewissen Masse richtig, aber während der Zeit, in der Sie studieren, analysieren lassen wollen, wachsen einfach die Pendenzenberge, es wird noch schlimmer.

Das ist nicht Arbeit, die sich die Staatsanwaltschaft selber macht. Wir haben ein sehr begrenztes Opportunitätsprinzip. Wir haben gewisse Grenzen, gewisse Schwergewichte, die gesetzt werden, auch von der Regierung, aber das ist im Bereich, wie die immer gesagte Hohl-Kriminalität, wo wirklich aktiv nach Anzeigen gesucht wird, aber der normale Diebstahl, Raub, etc., der wird herangezogen an die Polizei und an die Staatsanwaltschaft und da haben sowohl Opfer wie Beschuldigte wie die gesamte Gesellschaft einen Anspruch darauf, dass dies in vernünftiger Qualität, in vernünftiger Zeit durch die zuständigen Instanzen abgearbeitet wird.

Ich erinnere mich daran, der Antrag mit den Strafgerichtspräsidien wurde enthusiastisch von den Linken aufgestockt. Wir haben es auch unterstützt, aber da war eine andere Begründung, als Steigerung der Parteiabgaben, wenn ich Sie jetzt ernst nehme, wahrscheinlich war es das nicht. Dort wurde auch begründet, das kommt mehr in dem ganzen System durch und das muss bewältigt werden. Und das ist wirklich eine Vertrauenskrise in den Staat, wenn Sie da die Ressourcen, die, glaube ich, wirklich ausgewiesen sind, zurückhalten. Ihr prinzipielles Misstrauen gegenüber der Strafverfolgung können Sie nicht mit diesem betriebswirtschaftlichen Slang vertuschen, so naiv sind wir hier nicht. Dann ist die Jugendanwaltschaft vielleicht politisch korrekter als die Strafverfolgung bei Erwachsenen.

Ich bitte Sie, den Schalmeyenklängen der SP da nicht zu folgen. In der Eventualabstimmung müssen wir leider, die SP ist das geringere Übel als die Regierung, der SP folgen, aber dann der Finanzkommission, um wirklich einen Schritt vorwärtszumachen. Und analysieren und studieren dürfen Sie da noch, solange Sie wollen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Mitte-EVP spricht Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke Ivo Balmer zunächst. Er hat mir aus dem Herzen gesprochen, indem er gesagt hat, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Das ist es, das ist der Hauptsatz, den wir uns heute immer wieder sagen müssen, wir wollen, dass die Stawa funktioniert. Aber wir wissen, dass sie seit 2011 auf dem Zahnfleisch läuft und dass es irgendwann einfach nicht mehr geht und dieser Punkt ist überschritten. Wir haben einen Notstand in der Strafverfolgung. Dem können wir nicht einfach immer wieder aus dem Wege gehen, indem wir sagen, ja, die sollen jetzt mal da betriebswirtschaftliche Analysen machen.

Es hat drei Untersuchungen gegeben in dieser Zeit über die Arbeitstätigkeit der Staatsanwaltschaft. 2011 hätte man über 60 Stellen gebraucht mit dem Einführen der neuen StPO, es sind etwas über 20 damals bewilligt worden. Jetzt sind in den letzten vier Jahren, das ist richtig gesagt worden, tatsächlich einige Stellen neu bewilligt worden, aber in dieser Zeit seit 2018, wenn Sie die Anzeigestatistik anschauen, sind die beanzeigten Delikte um 38 Prozent gestiegen. Weniger, viel weniger Stellen sind neu bewilligt worden und wir haben aber immer noch das System und da haben wir leider letztes Mal eine kleine, es war eine winzige Chance verpasst, damit man in Bern die Strafprozessordnung nochmals hätte anschauen können. Das Hauptproblem liegt ja dort, das wissen wir. Es ist nicht die Organisationsform der Stawa und wir überprüfen ja diese im Übrigen jetzt auch, indem wir es überführen in eine neue Struktur der Polizei, aber wir können nicht warten, bis das geschehen ist. Es sind tausende von Delikten, die nicht bearbeitet werden können. Das ist doch unwürdig für einen Kanton wie Basel, das ist doch unwürdig für die Schweiz. Wir sind doch keine Bananenrepublik.

Wir haben Unterschriften gesammelt für die Mitte im Zusammenhang mit der Aufstockung der Stellenprozentage bei der Staatsanwaltschaft, haben eine Petition eingereicht. Ich war auch auf der Strasse und da hat eine ältere Dame, sie hat dann mit mir geredet, 83 ist sie, hat plötzlich Tränen in den Augen gehabt und hat mir gesagt, wissen Sie, das ist genau das, was



mir geschehen ist. Mir ist die Handtasche gestohlen worden und dann habe ich die Anzeige gemacht und nichts mehr gehört bis zur Verjährung des Delikts. Wir riskieren doch, dass unsere Menschen in diesem Kanton das Vertrauen in die Justiz verlieren, das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren, das Vertrauen in unseren Staat verlieren. Was nützt uns das, was haben wir da für einen Profit, wenn wir das weiter pflegen offenen Auges.

Ich plädiere also sehr dafür, dass wir zumindest dem Antrag der Finanzkommission folgen heute. Die Staatsanwaltschaft bräuchte wesentlich mehr Stellen und das ist nicht das Problem einer ineffizienten Behörde, sondern es ist das Problem einer sehr komplizierten Prozessordnung und es ist das Problem von stark gestiegenen beanzeigten Delikten.

Und ich habe natürlich auch gehört, die sollen doch besser priorisieren. Aber was heisst denn konkret, priorisieren in diesem Zusammenhang. Das heisst doch nichts anderes, als einen Teil der Delikte liegenlassen und das darf doch nicht sein. In einem Rechtsstaat sind doch alle Delikte grundsätzlich zu verfolgen, egal, ob Arme oder Reiche, ob Linke oder Rechte oder wer auch immer betroffen ist. Justitia ist deshalb blind, sie soll auch blind sein. Und ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen tun, wenn wir sagen, wir priorisieren und es wurde letztes Mal dann auch gesagt, man muss ja nicht alle Delikte im Zusammenhang mit Demonstrationen, also Sachbeschädigungen und so verfolgen. Doch, auch diese Delikte müssen verfolgt werden, es sei denn, wir ändern zuerst das Strafgesetzbuch. Das Gesetz gilt für alle gleich und das sollten wir einfach pflegen und an dem sollten wir nicht ritzen. Und wenn hier nun mehr Stellen, mehr Ressourcen nötig sind, müssen wir diese doch im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stellen.

Ich plädiere also sehr dafür, unabhängig von der Partei, unabhängig von der Herkunft, blind zu überlegen, ist es das wirklich wert, dass wir riskieren, dass die Menschen das Vertrauen in unseren Staat verlieren, weil wir nicht in der Lage sind zu erkennen, dass seit nunmehr etwa 13 oder 14 Jahren hier ein Problem gewachsen ist und immer noch grösser wird. Ich plädiere dafür, nicht zu warten, nicht weitere Untersuchungen zu machen, es gibt genügend Belege dafür, dass es dringend notwendig ist. Also unterstützen Sie den Antrag der Finanzkommission, der ist moderat, ist weit unter dem, was die Staatsanwaltschaft brauchen würde, aber es ist immerhin mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelvoten und zu Anouk Feurer.

Anouk Feurer (GAB): Ich kann nicht ganz der Logik folgen, dass bei gleichbleibenden Stellenprozenten die Staatsanwaltschaft plötzlich Zeit zum Aufräumen haben sollte. Ich persönlich habe erst dann Zeit zum Aufräumen, wenn ich eben weniger zu tun habe. Im Bericht der Aufsichtskommission der Staatsanwaltschaft wird auf die Überlastung in den verschiedenen Bereichen hingewiesen. Ein beträchtlicher Teil des Mehraufwands der Staatsanwaltschaft ist mit der neuen Strafprozessordnung verbunden. Diese hat diverse Prozessrechte für Beschuldigte eingeführt, welche zu einem Mehraufwand bei den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft führte. Damit diese Rechte der Beschuldigten gewahrt werden können, braucht die Staatsanwaltschaft genügend Stellenprozente. Würden wir nun der Staatsanwaltschaft die entsprechenden Ressourcen nicht gewähren, schwächen wir die neue StPO, welche im Grundsatz eigentlich sehr gut ist. Letzte Woche haben wir ja zum Beispiel zum Schutz der StPO eine Standesinitiative abgelehnt.

Die Berichte pro Beschuldigte haben sich in den letzten Jahren unter anderem wegen zum Beispiel psychologischen Gutachten in der Länge zugenommen und längere Berichte führen zu mehr Zeit pro Bericht und das führt natürlich auch zu einer steigenden Arbeitslast. Priorisierung ist wichtig, aber wenn die Anzahl Pendenzen pro Staatsanwält*innen dermassen ansteigt, in gewissen Bereichen sind es fast 90 pendente Fälle pro Staatsanwältin, kann es natürlich sein, dass Opfer von Delikten im Stich gelassen werden und ewig warten müssen. Und im schlimmsten Fall verjährt irgendwann ein Delikt, was besonders stossend wäre, wenn es dann wegen der Belastung und wegen der Priorisierung der Staatsanwaltschaft nicht zur Verhandlung gekommen wäre.

Man kann die Prioritätensetzung und die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft durchaus kritisieren. Gleichzeitig muss man aber anerkennen, dass die Arbeitslast der Mitarbeitenden enorm hoch ist und man muss diese ernst nehmen. Für die Gesundheit der Angestellten ist es zentral, dass zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wenn eine klare Überlastung vorliegt, sehe ich es als unsere Aufgabe an, die nötigen Ressourcen zur gesetzmässigen Umsetzung zur Verfügung zu stellen.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diesen Änderungsantrag der SP abzulehnen, aber natürlich in der Eventualabstimmung zuzustimmen, eine Mehrheit der Grün-Alternativen Fraktion wird dem Antrag der Finanzkommission folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Patrick Fischer.



Patrick Fischer (SVP): Der Vorteil des Milizparlamentes ist es, dass verschiedene Berufe hier ihre Blickwinkel aufzeigen können. Ich arbeite genau dort, wo diese vielen ominösen Ordner stehen, und würden Sie morgen, anstatt hierher zu kommen, bei uns beginnen, könnte ich jedem von Ihnen einen Fall zuteilen, der sofort eine Verhaftung zur Folge hätte.

Zur Staatsanwaltschaft. Nicht alle hier drin mögen die Staatsanwaltschaft, nicht alle sind begeistert davon, aber es braucht sie nun mal. Mit einer massiv strukturell überlasteten Staatsanwaltschaft erhalten wir nicht keine Staatsanwaltschaft, sondern eine schlechte Staatsanwaltschaft. Wir brauchen mehr Personal, damit wir auch richtig arbeiten können. Es ist wichtig, dass die Verfahren ordentlich bearbeitet werden können und nicht verjähren. Zur Jugendstaatsanwaltschaft. Genau diese ist wichtig, weil hier bereits am Anfang einer kriminellen Karriere Grenzen aufgezeigt werden. Und zur Kantonspolizei. Die Staatsanwaltschaft respektive die Kriminalpolizei arbeitet eng mit der Kantonspolizei zusammen und wird das in Zukunft noch mehr tun. Die Kantonspolizei wird mit Schwerpunktaktionen beauftragt, wie zum Beispiel die Drogenproblematik in Kleinbasel einzudämmen. Daraus resultieren aber Verfahren, welche durch die Staatsanwaltschaft bearbeitet werden müssen.

Hier wurde vielfach auch die Prioritätensetzung angesprochen. Die Staatsanwaltschaft und damit auch die Kriminalpolizei wird vielfach kritisiert. Zuständig dafür ist der erste Staatsanwalt und die leitende Staatsanwältin und Chefin der Kriminalpolizei. Beide Personen wurden hier drin mit überwältigender Mehrheit gewählt und zuvor von der Wahlvorbereitungskommission sorgfältig geprüft.

Dann noch zum Bevölkerungszuwachs. Auch das wurde bereits erwähnt, mehr Einwohner bedeuten mehr Schüler, das wiederum mehr Lehrer. Das haben wir mehrfach gehört heute. Mehr Einwohner bedeutet aber leider auch mehr Kriminalität, mehr Täter und mehr Opfer. Und bevor ich Sie nun darum bitte, dem Antrag der Finanzkommission zu folgen, noch eine Zahl. 13'149 pendente Verfahren. Das bedeutet, 13'149 Opfer von Straftaten, die auf Gerechtigkeit hoffen. Das bedeutet, 13'149 mutmassliche Täter, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Endlich haben wir einmal eine Diskussion, die einem Parlament würdig ist. Ich komme zu Ivo Balmer. Er hat gesagt, er bittet darum, dass man seinen abgeschwächten Antrag unterstützt. Lieber Ivo Balmer, das mache ich, ich unterstütze Ihren abgeschwächten Antrag. Ich möchte mit Links wählen und ich begründe auch warum. Es heisst oft, ich bin rechtspopulistisch. Aber lieber Ivo Balmer, als Politiker muss man fischen, wo man fischen kann und nur das mache ich. Wir müssen fischen und wer den besten Fisch hat, kann da vorne stehen und reden.

Wir reden zum Thema Staatsanwaltschaft. Ich darf mit Stolz sagen, ich bin der Grossrat, der der meisten Kontakt mit der Staatsanwaltschaft Basel hat. Seit meiner Kindheit, seit ich 20 Jahre jung war, das war vor 41 Jahren, und ich denke, auch die nächsten 40 Jahre werde ich Stammkunde sein bei der Staatsanwaltschaft. Ich bin, das wissen Sie ganz genau, nicht kriminell, ich möchte nur bei Ihnen sein in diesem wunderschönen Parlament. Das ist mein einziger Wunsch, aber gewisse Leute wollen das nicht und dann sage ich, nein, das geht nicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, bitte sprechen Sie zum vorliegenden Antrag.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zu meinem Vorredner, Grossrat Bruno Lötscher. Er hat gesagt, die Staatsanwaltschaft funktioniert nicht so richtig, die Staatsanwaltschaft ist auf dem Zahnfleisch, wir haben einen Notstand. Ich muss das bestreiten, die Staatsanwaltschaft hat genügend Kapazitäten, um unliebsamen Politiker vorzuladen. Die Staatsanwaltschaft sagt ja auch immer, wir müssen Prioritäten setzen. Und Sie haben gesagt, Bruno Lötscher, was wir haben mit der Staatsanwaltschaft, sei unwürdig und wir sind keine Bananenrepublik. Ja gut, wenn es so ist, dann ist es so. Sie haben auch gesagt, das Vertrauen ist verloren gegangen. Herr Lötscher, der Bürger von Basel hat schon längststens das Vertrauen in unseren Kanton Basel-Stadt verloren.

Und dann wurde von meinem Vorredner noch gefragt, welcher Profit haben Sie, wenn die Staatsanwaltschaft schwach ist. Das wurde besprochen und ich sage es Ihnen, es sind Wählerstimmen und das ist ein Profit, den man hat, zum Beispiel bei der nächsten Grossratswahl am 22. Oktober 2028. Dann noch zu Patrick Fischer. Sie haben gesagt, Kriminalität, Drogen in Kleinbasel, aber ich habe da meine Interpellation, in der ich gefragt habe, warum keine Polizei am Claraplatz ist. Ich sehe jeden Tag die Drogendealer und keine Polizei am Claraplatz, das ist meine Interpellation. Sie haben richtig gesagt, nicht jeder liebt die Stawa, das ist okay, mehr Personal wird von mir bestritten, und Sie haben gesagt, die Kantonspolizei macht etwas gegen die Drogenkriminalität in Kleinbasel. Das wird von mir bestritten, weil ich jeden Tag am Claraplatz bin und dort mein Postfach mache.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit sind wir bei Thomas Widmer-Huber als Einzelsprecher angelangt.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Bei der Staatsanwaltschaft waren Ende 2023 13'000 Fälle pendent, wir haben es vorher schon gehört, und das trotz Aufstockung des Personals in den letzten Jahren und trotz einer guten Erledigungsquote. Insbesondere wegen der zunehmenden Delikte und Anzeigen sowie der neuen Strafprozessordnung hat der Aufwand für die Strafverfolgungsbehörden massiv zugenommen. Die enorme Arbeitslast hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Mitarbeitenden, das haben wir auch schon gehört, einige leiden an einem Burnout, andere sind nahe daran und nicht wenige sehr erfahrene Staatsanwälte und Staatsanwältinnen haben die Kündigung eingereicht.

Bei den schweren Gewalt- und Sexualdelikten sind die Strafanzeigen in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Auch diese Fälle müssen zeitnahe vor Gericht gebracht werden. Die Opfer dürfen nicht wegen Personalmangel im Stich gelassen werden. Der Bericht der Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft über die Tätigkeit und Feststellungen für das Jahr 2023/2024 zeigt ein düsteres Bild. So ist etwa bei der Kriminalpolizei die Rede von inakzeptablen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Fällen. Auch bei der Jugendanwaltschaft sind gemäss dem erwähnten Bericht die Rückstände markant angestiegen. Das Mass der Arbeitsbelastung sei nicht mehr tragbar und machbar.

In meiner schriftlichen Anfrage im Mai dieses Jahres habe ich eine Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft gefordert. Die Regierung hat im Budget nur eine knappe Aufstockung vorgesehen. Das können wir von der EVP hier nicht nachvollziehen. Aufgrund der vorgängigen Ausführungen unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission auf zusätzliche Stellen. In diesem Sinne bitten wir Sie, der Aufstockung des Personals bei der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (GAB): Seit Jahren können wir in den Berichten der Aufsichtskommission darüber lesen, wie die Staatsanwaltschaft kritisiert wird. Kritisiert für ihre Prioritätensetzung, kritisiert dafür, wie sie sich intern organisieren. In den letzten vier Jahren wurden bereits, wir haben es gehört, 50 Stellen zusätzlich geschaffen. Wir haben dem zugestimmt mit der Erwartung, dass auch in der Organisationsform der Staatsanwaltschaft etwas passiert. Die Rückstände sind zurückgegangen, das können wir lesen, die Belastung in der Staatsanwaltschaft ist, je nachdem, wen es betrifft, sehr unterschiedlich. Wir haben die Kritik, was fehlt ist eine griffige Aufsicht der Staatsanwaltschaft, eine Aufsichtskommission, die wirklich Kompetenzen hat. Unabhängig davon, wie wir heute entscheiden, ist das bestimmt ein Thema, das angegangen werden muss.

Und wenn dann gefragt wird, auf was verzichtet werden kann, ich habe da gewisse Ideen, zum Beispiel, wenn es um riesige Prozesse bei Basel Nazifrei geht, die über Jahre lang hingezogen werden, wir sind wieder auf Welt 1, weil die Arbeit unsauber gemacht wurde mit einem riesigen Ressourceneinsatz. Ein anderer Fall, zum Beispiel, wenn sich die Staatsanwaltschaft mit Ressourcen dafür einsetzt, dass die Immunität von Nationalrätin Sibel Arslan aufgehoben wird, das natürlich abgeschmettert wird, weil ihr Einsatz für einen Dialog bei Demonstrationen natürlich rechtens war.

Und was kommt jetzt? Es kommt ein Antrag für, wenn sie frei wählen könnten, 50 Stellen, wenn es dann um den Antrag geht, um 20 Stellen und jetzt in der Finanzkommission um sechs Stellen, die irgendwo eingesetzt werden sollen. Ja, schon in der Erwachsenen Staatsanwaltschaft, aber wo? Und das spielt genau in das hinein, was wir seit Jahren kritisieren, was die Aufsichtskommission seit Jahren kritisiert, es fehlt die Struktur, es fehlt die Ordnung bei der Staatsanwaltschaft. Und bevor wir irgendetwas sprechen können mit gutem Gewissen, müssen wir doch anschauen, muss die Staatsanwaltschaft die Führung der Staatsanwaltschaft anschauen, wie sie organisiert ist, wie sie sich Ressourcen effizient organisieren können und erst dann, wenn ganz klar ist, wo die Ressourcen eingesetzt werden sollen, mit welchen Zielen sie überhaupt eingesetzt werden, wir haben keine Zielvorstellung für diese sechs zusätzlichen Stellen, erst dann können wir überhaupt darüber reden, ob wir diese Ressourcen aufstocken wollen.

Deshalb werde ich und werden wir von Basta dem Antrag der SP folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nehmen Sie die Zwischenfragen an? Sie werden angenommen. Zuerst Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, bezüglich des Riesenprozesses Nazifrei. Es ist Ihnen schon auch bewusst, dass das nicht bei der Staatsanwaltschaft am Schluss aufgelaufen ist, sondern dass das Strafgericht letztlich ursächlich ist, dass wir wieder auf Feld Null sind?



Nicola Goepfert (GAB): Ja, das Strafgericht spricht sich ab, die Stawa fälscht Beweise. Ich glaube, alle haben da einen Finger im Spiel.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Zweite Frage bitte.

Pascal Messerli (SVP): Herr Goepfert, Sie haben jetzt zwei Fälle genannt, die Ihnen nicht gepasst haben. Ist das Ihre fundierte Analyse der Prioritätensetzung im Rahmen der Frage, dass noch 13'000 andere Fälle offen sind?

Nicola Goepfert (GAB): Der Staat muss überall Prioritäten setzen und ich glaube, wenn wir vermehrt Verfahren haben, die zu keinem Ziel führen, ja, dann ist dort ein Punkt, wo sie die Verfahren vielleicht nicht mit diesem Aufwand führen sollten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich möchte an dieser Stelle Sie alle bitten, mit Vorwürfen gegenüber der Verwaltung zurückhaltend und sehr vorsichtig zu sein. Jetzt werden noch mehr Begehren für Zwischenfragen gestellt. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen. Zuerst Franz-Xaver Leonhardt. Ich bitte um kurze Fragen und kurze Antworten.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Lieber Nicola Goepfert, habe ich richtig verstanden, dass Sie gesagt haben, dass die Staatsanwaltschaft Beweise fälscht?

Nicola Goepfert (GAB): Wir kennen den Fall des Videos, dass sie vor dem Gericht vorgelegt hat.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Nicola Goepfert, habe ich Sie auch richtig verstanden, dass Sie als Politiker der Staatsanwaltschaft vorschreiben wollen, wo sie ermitteln soll und wo nicht?

Nicola Goepfert (GAB): Die Kritikpunkte, die ich geäussert habe, kommen aus der Aufsichtskommission und die können Sie im Bericht der Aufsichtskommission nachlesen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich wollte nur noch schnell zu den Priorisierungen etwas sagen. Das ist nicht einfach so Handgelenk mal Pi. Vielmehr müssen die Staatsanwälte zuerst die Fälle von inhaftierten Tätern abarbeiten. Das heisst, wenn ein Staatsanwalt in einer grösseren Angelegenheit involviert ist und es kommt ein Haftfall hinein, dann muss er sofort alles stehen und liegenlassen und den Haftfall bearbeiten. Sie wissen, dass die Haft nicht einfach nach der Schwere des Delikts ausgesprochen wird, sondern auch wegen Kollusionsgefahr, Fluchtgefahr und anderen Kriterien. Wir haben ja heute vorher gehört, wer auch noch so inhaftiert wird ab und an.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Finanzkommission nun zu folgen. Es ist wichtig, dass die Staatsanwaltschaft nun besser dotiert wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für ein zweites Votum ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Andrea Strahm, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Bezug auf mich genommen. Ich habe es so verstanden, Sie haben gesagt, wer inhaftiert war, wissen wir hier, aber Sie haben keinen Namen genannt.



Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Her Weber, es geht nicht immer um Sie, sprechen Sie zur Sache oder ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte Bezug nehmen auf meine Vorredner. Thomas Widmer-Huber, Sie haben gesagt, bei der Staatsanwaltschaft leiden viele an Burnout. Es wäre interessant, wenn Sie recherchiert hätten, wie viele Fälle das sind. Und lieber Thomas Widmer-Huber, das ist nicht unser Problem, die Leute haben einen tollen Lohn. Besser hat mir die Rede von Nicola Goepfert gefallen. Er hat richtig gesagt, wir haben 50 Stellen mehr der Staatsanwaltschaft gegeben. Ich werde noch ein SP-Politiker. Prioritäten hat er gesagt, 50 Stellen zugestimmt, Rückstände sind zurückgegangen und jetzt komme ich zum Knackpunkt, Nicola Goepfert hat richtig gesagt, es fehlt die Aufsicht. Das Thema Aufsicht hat mich beschäftigt. Ich habe keinen Ansprechpartner, weil eine Aufsichtsbehörde fehlt. Darum zum Thema Staatsanwaltschaft, ich war beim Chef Staatsanwalt, bei Herrn Fabbri, und wollte solche Sachen diskutieren und was sagt mir Herr Fabbri, es ist die Wahrheit, Herr Weber, mein Kind ist Ihr grösster Fan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Sprecherin des Regierungsrats, wenn sie es wünscht. Sie verzichtet. Der Sprecher der Finanzkommission hat das Wort, Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für diese Diskussion, die Sie hier nun geführt haben. Ich kann Ihnen versichern, die Finanzkommission möchte nicht entscheiden, wo diese Stellen geschaffen werden. Wir schreiben in unserem Bericht explizit, diese zusätzlichen Stellen sollen dort eingesetzt werden, wo der Bedarf am grössten ist. Die Finanzkommission glaubt, dass diese Entscheidung letztlich eine operative ist, die die Staatsanwaltschaft selber entscheiden muss. Ich glaube auch nicht, dass das die Flughöhe sein sollte einer politischen Kommission und auch nicht des Grossen Rates zu entscheiden, wo denn diese Stellen sein sollten. Aber es scheint logisch zu sein, dass sie dort eingesetzt werden sollten, wo der Bedarf am grössten ist, also spricht vielleicht auch die stärkste Pendenzenlast besteht.

Und es ist auch richtig, das wurde von verschiedenen Rednern erwähnt, wir können uns nicht vor dem Fakt verschliessen, dass die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren gestiegen ist. Das hat Kollegin Anouk Feuer auch in ihrem Votum gesagt, aber auch Bruno Lötscher, dass natürlich die Strafprozessordnung einen Einfluss darauf hat mit den zusätzlichen Rechten, die da geschaffen worden sind, das muss man nicht bewerten, das ist ein Fakt, und dass dadurch auch vielleicht insgesamt die Lust, sich gegenseitig anzuzeigen oder Verfahren anzustreben, in unserer Gesellschaft etwas angewachsen ist. Und diese Realität, die bildet sich eben auch bei diesen Zahlen bei der Staatsanwaltschaft ab. Das kann man schlimm finden, das kann man irrelevant finden, man kann sagen, es ist einzig und alleine zu bewältigen durch eine Reorganisation. Eine Reorganisation wird anstehen, das wurde auch erwähnt, diese hängige Motion zur Wiedereingliederung der Kriminalpolizei bei der Kantonspolizei, vielleicht andere Prozesse, die innerhalb der Staatsanwaltschaft initiiert werden, die auch eine Beschleunigung der Situation zur Folge haben.

Aber wir glauben als Finanzkommission, dass ungeachtet der politischen Diskussion, die Sie hier heute geführt haben, es im Interesse aller sein sollte, den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft, uns als Gemeinwesen, den Angeklagten respektive Beschuldigten, aber und vor allem auch den Opfern, dass solche Fälle möglichst rasch erledigt sein können. Und dafür, glauben wir, ist es sinnvoll, wenn wir heute eine entsprechend grössere Aufstockung des Personals vornehmen als das, was der Regierungsrat Ihnen beantragt hat, und als das, was sonst noch nun hier als Vorschlag auf dem Tisch liegt. Deshalb ersuche ich Sie noch einmal im Namen der Finanzkommission, unserem Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Abstimmungen. Zuerst die Eventualabstimmung. Da wird der Antrag der SP, der das Budget um 1,27 Millionen Franken verbessern will, dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt, der das Budget um 1,748 Millionen Franken verbessern wird.

Eventualabstimmung

Ja heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005261, 18.12.24 15:56:06]



Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter den Antrag der SP weiter zu verfolgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag der SP hat mit 94 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und keiner Nein-Stimme obsiegt.

Damit kommen wir zur zweiten Abstimmung. Hier wird der obsiegende Antrag der SP dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 62 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005263, 18.12.24 15:56:53]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der SP abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Grosse Rat folgt der Finanzkommission mit 62 Nein-Stimmen gegen 32 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Damit kommen wir zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (Kommissionsbericht, Seite 41).

Da der Antrag der SVP zurückgezogen wurde, gibt es nur die allgemeine Debatte zum Departement. Joël Thüring verzichtet, Kaspar Sutter ebenfalls. Wir haben aber eine Wortmeldung als Einzelsprecher von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Ich möchte kurz noch zu der OECD-Mindestbesteuerung sprechen. Die finanziellen Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer aufgrund der OECD-Mindestbesteuerung betrifft ja eigentlich das gesamte Budget des Kantons. Sowohl im Budgetbericht der Regierung wie auch im Bericht der Finanzkommission zum Budget 2025 wird diese Thematik im WSU verortet, deshalb nun mein Einzelvotum zum geplanten Umgang mit den OECD-Steuereinnahmen. Am 18. Juni 2023 hat die schweizerische Stimmbevölkerung der Einführung der OECD-Mindeststeuer zugestimmt, die nun ab 2025 erstmals budgetrelevant wird. Die OECD-Mindeststeuer verpflichtet grosse international tätige Unternehmen dazu, in jedem Land, wo diese tätig sind, mindestens 15 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zu bezahlen.

Auf diese Steuer haben sich über 130 Staaten weltweit geeinigt. Weshalb. Mit der Mindeststeuer soll das sogenannte «race to the bottom», welches in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass sich Staaten mit Gewinnsteuersenkungen gegenseitig überboten haben, um Konzerne und Investitionen anzuziehen, abgebremst werden. Jedoch ist die Mindeststeuer mit 15 Prozent eigentlich viel zu tief angesetzt, liegt der globale Durchschnitt doch bei 25 Prozent. Das führt dazu, dass international ein Druck besteht, sich in Richtung 15 Prozent zu bewegen, was aus internationaler Perspektive dann doch zu einer Steuerentlastung der grossen Konzerne führen wird. Deshalb bestand auch damals bei der Abstimmung aus Perspektive des globalen Südens und globaler Steuergerechtigkeit eine grosse Kritik gegenüber der Höhe der OECD-Mindeststeuer, wie wir sie nun eingeführt haben, aber nicht am Grundgedanken des Steuerwettbewerbs, diesen zu verhindern.

Wenn wir uns also aufgrund der OECD-Mindeststeuer in Richtung 15 Prozent Gewinnsteuer bewegen, wandern die Unternehmen deswegen morgen nicht einfach ab und unsere Standortattraktivität ist deshalb auch nicht zerstört, schon allein deshalb nicht, weil 75 Prozent der Steuereinnahmen beim Kanton bleiben. Im Einleitungstext zum Budget steht im zweiten Abschnitt: Das Basler Standortpaket soll die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons trotz der Herausforderung durch die OECD-Mindeststeuern sichern. Es wird der Eindruck erweckt, dass die Wettbewerbsfähigkeit also bedroht ist. Diese Bedrohung ist aber aus meiner Sicht schlichtweg ein wenig konstruiert.

Das Basler Standortpaket soll die Einnahmen aus der neuen Ergänzungssteuer, im Budget mal mit 300 Millionen Franken veranlagt, also in einen Fonds leiten und aus diesem dann wieder zurück zu den grossen internationalen Konzernen.



Grundsätzlich habe ich nichts oder haben wir nichts gegen Fonds, bieten diese doch die Möglichkeit, Steuereinnahmen zweckgebunden, vorausschauend und auf die Zukunft ausgerichtet zu binden, um gesellschaftliche grosse Herausforderungen zu finanzieren. Obwohl, ehrlich gesagt, wir es auch schon zum Ausdruck bringen müssen, dass diese Art und Weise des Fonds auch ein Ausdruck ist, dass es in Basel-Stadt uns gut geht finanziell, und auch demokratiepolitisch sich zu überlegen ist, wie lange und wie viel denn in diesen Fonds denn einbezahlt werden müsste, weil es hat auch schon die Erwähnung gegeben, vielleicht sind es auch mehr als 300 Millionen Franken, vielleicht sind es auch 600 Millionen Franken und dann geht es schon darum, bleibt das einfach in diesem Fonds oder geht das zurück in die Erfolgsrechnung.

Dass nun die geschätzten Einnahmen von 300 Millionen Franken saldoneutral gebucht werden, ist für mich jetzt in diesem Budget nicht unbedingt das Problem, jedoch wird im Budgetbericht die politische Auseinandersetzung vorweggenommen und dies ist aus demokratiepolitischer Sicht sehr wohl problematisch und fragwürdig. Im Bericht wird bereits skizziert, wie die Mehreinnahmen zu verwenden sind und wer davon hauptsächlich profitieren soll. Das Geschäft liegt zurzeit bei der zuständigen Kommission und die politische Diskussion ist also noch offen. Es dreht sich also nicht um die Frage, ob die Steuer gerecht ist oder nicht, sondern darum, was mit den Mehreinnahmen durch diese gerechte Steuer finanziert werden soll und ob der Zweck der Steuer überhaupt eigentlich auch noch berücksichtigt werden soll bei der Etablierung eines Fonds.

Aus einer Perspektive, welche über die 37 km² unseres Kantons hinausreicht, fragen wir uns schon, was mit diesen zusätzlichen Einnahmen aus einer internationalen Gewinnsteuer finanziert und angestossen werden kann bzw. werden sollte. Wir hätten da einige Ideen, wie der Kanton Basel-Stadt und die hiesigen internationalen grossen Konzerne ihren Beitrag für eine soziale, gerechtere, für eine gesündere und für eine zukunftsfähigere Welt leisten könnten. Gerade wir als Pharmastandort könnten explizit in diesem Bereich das Notwendige endlich anstossen. Stichwort; weltweite Antibiotika-Krise, Sicherstellung der Medikamentenversorgung. Aber es geht auch vieles mehr.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Bolliger, Ihre Zeit ist um, Sie haben sich als Einzelsprecher gemeldet. War das ein Irrtum? Sagen Sie Ihren Satz und das gilt als Fraktionsvotum für das GAB.

Oliver Bolliger (GAB): Denn es ist nun wirklich nicht so, dass die hohen Gewinne der grossen internationalen Konzerne einzig und allein in Basel-Stadt erwirtschaftet wurden, also weshalb sollen diese Einnahmen aus der Gewinnsteuer nicht auch eine internationale Wirkung erzielen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich bin jetzt ein bisschen verwundert, dass jetzt hier quasi die Beratung über das Basler Standortpaket beinahe vorgezogen wird. Ich will jetzt da nicht zu viel ins Detail gehen, weil wir mit der Kommissionsberatung ja noch gar nicht fertig sind, aber ein paar Dinge kann ich jetzt schon nicht unwidersprochen stehen lassen.

Das erste ist die Aussage, selbst diese 15 Prozent sind eigentlich zu tief, auf die man sich global geeinigt hat. Das erstaunliche daran ist, die OECD selber hat mal festgestellt, die schädlichste Steuer von allen ist eigentlich die Gewinnsteuer für Unternehmen, weil sie direkt 1:1 weiterverrechnet wird an die Konsumentinnen und Konsumenten. Da darf man sich keine Illusionen machen. Dass jetzt da trotzdem dieses Projekt entstanden ist, das ist halt so, da müssen wir uns auch entsprechend fügen, aber das darf man festhalten. Und man darf auch nicht naiv sein. Das ist jetzt nicht ein Projekt, diese OECD-Mindeststeuer. Das ist jetzt kein Projekt für den globalen Süden, das ist eine Mär, das war schon immer eine Mär. Und da geht es auch nicht darum, Steuerwettbewerb zu verhindern oder zu reduzieren, da geht es schlicht und einfach darum, dass Industriestaaten ihre Ausgaben nicht im Griff haben, deshalb Schulden angehäuft haben und deshalb drängend auf der Suche nach zusätzlichem Steuersubstrat sind. Und auf wen geht man da los? Da geht man auf die kleinen Erfolgreichen los, die dieses Steuersubstrat haben, weil sie erfolgreiche Rahmenbedingungen aufgestellt haben. Das ist der Hintergrund dieser Vorlage, die wir international uns jetzt vorgelegt bekommen haben und nicht Fairness für den globalen Süden oder gegen den Steuerwettbewerb entsprechend vorzugehen.

Und wenn man dann tatsächlich hier nach vorne geht und behauptet, ja, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons oder unseres Landes ist nicht bedroht, wenn wir jetzt einfach diese zusätzlichen Erträge 1:1 in die Staatskasse fliessen lassen und nichts für die Unternehmen machen, das ist dann also schon relativ starker Tobak. Halten wir fest, wir haben Unternehmen, die heute mit den Möglichkeiten, die es gibt, in der Grössenordnung um die 11 Prozent Gewinnsteuer zahlen, und es sind auch nicht die kleinsten Unternehmen in unserem Kanton, die zahlen sehr viel schon heute in unserer Kantonskasse. Viele dieser Ausgaben oder ein grosser Teil dieser Ausgaben, die wir heute im Rahmen des Budgets verabschieden, sind auch von dort entsprechend finanziert, also da dürfen wir auch ein bisschen sorgfältig sein im Umgang mit diesen Steuerzahlenden.



Und jetzt können wir, das ist eben der etwas simple Blick, nur Steuersätze miteinander vergleichen und sagen, ja, die anderen Länder, die sind ja von den Steuersätzen alle viel höher als wir und ja, die gehen jetzt vielleicht sogar noch auf 15 runter. Fakt ist, der Wettbewerb hat sich schon lange auf eine andere Ebene verlagert, der findet nicht mehr um die Steuersätze statt. Der Wettbewerb findet jetzt um die Subventionen statt, das, was andere Länder schon lange seit vielen Jahren machen, etwas völlig Intransparentes. Ja, klar, es gibt vielleicht Länder, die haben 21, 23, 20 oder sogar mehr Prozent Gewinnsteuer und da nehmen sie es mit der einen Hand, aber mit der anderen Hand geben sie es dann direkt in Form von Subventionen wieder an die Unternehmen zurück. Das passiert heute global, wir haben einen globalen Subventionswettbewerb. Sich hier rein auf die Gewinnsteuersätze zu fokussieren und zu behaupten, da findet ja dann eine Angleichung statt, da müssen wir nichts tun, wieso sollen den Unternehmen von hier abwandern, das spielt ja alles gar keine Rolle, das ist eine völlige Illusion und da gefährdet man den Standort Basel massiv, wenn man nicht bereit ist, entsprechend auch zu investieren in die Unternehmen. Und wie wir das dann machen werden, das werden wir dann diskutieren, wenn wir die Beratung in der WAK abgeschlossen haben. Ich nehme die Frage an.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, Sie dürfen fragen.

Oliver Bolliger (GAB): Luca Urgese, nur damit ich es richtig verstanden habe, Sie begrüssen in dem Fall die Subventionierung von grossen internationalen Konzernen durch die OECD-Mindeststeuer, so wie das jetzt angedacht ist. Also die Subventionierung von grossen Konzernen.

Luca Urgese (FDP): Ich bin dafür, dass wir uns als Standort attraktiv positionieren und wenn man uns jetzt verunmöglicht, dass wir auf der Steuerebene attraktiv sind, dann bin ich dafür, dass wir mit gleichen Spiessen kämpfen, ja.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich dachte, wir sprechen über das Budget des WSU vom kommenden Jahr. Das scheint nicht in Ihrem Fokus zu sein, auch wenn es das Zweithöchste ist der Departemente von den Ausgaben, aber ein Departement auch, das im nächsten Jahr kein Wachstum hat, sondern gleich viel ausgibt wie in diesem Jahr. Das möchte ich hier doch noch kurz erwähnen.

Herr Bolliger, er spricht die OECD-Steuerreform an und das Basler Standortpaket. Ja, das hat sehr wohl etwas mit der Finanzplanung zu tun. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Firmen in unserem Kanton 800 Millionen Steuersubstrat bringen und ganz viele Arbeitsplätze schaffen, die dann wieder zu Steuereinnahmen führen, nicht nur bei uns, sondern auch in den umliegenden Gegenden. Es ist also essenziell, dass wir als Standort attraktiv bleiben, dass es uns weiterhin gelingt, dass Forschung und Innovation hier stattfinden und genau das ist der Ansatz des Basler Standortpakets. Wir wollen Geld ganz gezielt ausgeben für Forschung, für Innovation, dort, wo das geschieht, dort gibt es Unterstützung durch den Staat.

Ja, es ist nicht mehr eine tiefe Gewinnsteuer, sondern es ist eine gezielte Inputförderung für die Firmen, und das sind nicht nur die grossen, sondern die Firmen, die Innovation schaffen und die Wertschöpfung der Zukunft und die Arbeitsplätze der Zukunft hier bei uns im Kanton Basel-Stadt sicherstellen. Um das geht es beim Basler Standortpaket und da brauchen wir eine klare Antwort. Das ist, bin ich der Meinung, das wichtigste Geschäft in der kommenden Legislatur dieses Kantons, weil es sehr entscheidend für den Wohlstand ist und auch die Möglichkeiten, die wir haben, um andere Staatstätigkeiten zu finanzieren. Wir finanzieren damit die Innovation und Forschung, das habe ich schon gesagt, aber das ist der Vorschlag des Regierungsrates, was Sie dann entscheiden, das ist dann der demokratiepolitische Entscheid, den Sie im kommenden Jahr fällen werden, wie dieses Geld verwendet wird. Das ist ein normaler demokratischer Prozess, der stattfinden wird.

Unser Vorschlag, der sieht vor, dass Elternzeit finanziell unterstützt wird und auch Umweltmassnahmen zur Energieeffizienz und Senkung des CO₂-Ausstosses gezielt gefördert wird. Das ist das Gesamtpaket, das man im gesamten anschauen muss mit dem klaren Ziel, wir wollen auch in Zukunft ein Wirtschaftsstandort sein, der erfolgreich ist, der wettbewerbsfähig ist, der die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann und auch Innovation in Zukunft ermöglicht.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort der Finanzpräsident Joël Thüning.



Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beteiligt sich an dieser Eintretensdebatte zum Standortpaket nicht. Wir haben alles dazu in unserem Bericht festgehalten und freuen uns dann, wenn das Standortpaket im Grossen Rat behandelt wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt nichts abzustimmen.

Wir sind damit bei den Gerichten (Kommissionsbericht, Seite 46).

Herr Wullschleger verzichtet, Herr Thüring ebenfalls.

Damit gehen wir weiter zu Behörden und Parlament (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt ein Änderungsantrag von Eric Weber vor. Wir haben zuerst die allgemeine Debatte, falls Herr Thüring das Wort wünscht oder sonst jemand, das ist nicht der Fall. Damit sind wir gleich beim vorgenannten Antrag. Es geht um Dienststelle Grosser Rat und Parlamentsdienst (Budgetbericht, Kapitel 3.10.3, Seite 273) Erfolgsrechnung, Verbesserung um 25'000 Franken. Herr Weber, Sie haben das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Diese 25'000 Franken pro Jahr sind 2'000 Franken pro Monat. Juli/August ist kein Parlament, also sind es pro Monat 2'500 Franken für zwei Tage im Ratscafé arbeiten zu gehen, das sind 12 Stunden, das ist ein Stundenlohn von 250 Franken.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, ich erteile Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Sie verbreiten hier falsche Informationen.

Eric Weber (Fraktionslos): Dann erklärt mir das bitte. Das Ratscafé wurde bisher auf eigene Rechnung gemacht und jetzt nicht mehr. Herr Flury hat mich gebeten, nichts zur Person zu sagen, ich sage auch nichts zur Person. Aber ich habe gemeint, diese 25'000 Franken sind der Lohn, Herr Präsident, deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn man diesen Ordnungsruf sistiert. Hier steht, Personalaufwand für das Ratscafé und wenn ich diese 25'000 Franken umrechne, dann ist es so und dann muss ich einfach darauf aufmerksam machen als Grossrat.

Nochmal. Wir Grossräte sind hier, um die Regierung zu kontrollieren und wir dürfen auch etwas sagen zu Interna. Ich stelle fest, das Ratscafé ist nicht öffentlich zugänglich und das ist natürlich auch wichtig, wenn man hier eine Entlohnung machen will. Es ist nur für Grossräte. Wir wurden nicht gefragt, ich wurde nicht gefragt. Es ist rechtlich wichtig zu wissen, ist es öffentlich oder nicht. Ich bin jeden Mittag hier im Rathaus und sehe, dass die Bediensteten auch das Ratscafé reinigen, und das ist das Personal des Rathauses. Die ganze Sache ist mir einfach zu schwammig. Ich möchte wirklich keinen Krach schlagen, aber es steht hier mit diesen 25'000 Franken, ich möchte mich entschuldigen, wenn ich etwas Falsches gesagt habe, aber das ist ein Kostenpunkt und ich ging davon aus, dass das der Lohn für die Person ist, die dort arbeitet. 70 Jahre hatten wir das Ratscafé ehrenamtlich und jetzt plötzlich soll jemand eingestellt werden, 70 Jahre ging es ohne. Ich habe sehr viel Schriftverkehr geführt mit Stellen des Kantons wegen dem Ratscafé, weil ich zum 60. Geburtstag eingeladen habe.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Weber, das tut nichts zur Sache. Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf und erziehe Ihnen hiermit das Wort.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Eric Weber.

Abstimmung

Änderungsantrag Eric Weber

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 92 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005265, 18.12.24 16:15:23]

Der Grosse Rat beschliesst



den Änderungsantrag abzulehnen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird abgelehnt mit 92 Nein-Stimmen gegen 1 Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Damit kommen wir zum Regierungsrat (Kommissionsbericht, Seite 47).

Hier liegt der Änderungsantrag der Finanzkommission zum Teuerungsausgleich auf den Personalkosten vor.

Zuerst wieder die allgemeine Debatte. Joël Thüring verzichtet, Tanja Soland ebenfalls.

Dann sind wir beim genannten Antrag der Finanzkommission. Sie beantragt, den Personalaufwand um 18'333'509 Franken zu reduzieren, da die Teuerung nicht wie prognostiziert 1,5 Prozent, sondern 0,5 Prozent beträgt. Das Wort hat für die Finanzkommission Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das Budget wird ja jeweils mit einer geschätzten Teuerung seitens des Regierungsrates überwiesen und wie der Grossratspräsident ausgeführt hat, ging man von 1,5 Prozent aus und relevant aber für dann die Beratung des Budgets hier in diesem hohen Hause ist jeweils die vom Statistischen Amt uns gemeldete Teuerung per Ende November. Diese Teuerung per Ende November 2024 beträgt nun «nur» 0,5 Prozent, weshalb sich die ursprüngliche Annahme verändert und sich dadurch auch das Budget verbessert in der genannten Höhe von gut 18,3 Millionen Franken. Deshalb, und damit kann man fast eigentlich den heutigen Budget-Tag schliessen, sind wir eben auch aufgrund dieser Reduzierung mit einer Budgetverbesserung fast bei der von Frau Regierungsrätin Soland genannten schwarzen respektive roten Null. Wenn man den Sondereffekt des ESC wegdenkt, dann sind wir sogar in einer schwarzen Zahl und ich glaube, damit können wir die heutige Budgetdebatte vielleicht dann auch schon fast beenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Soland hat nichts hinzuzufügen, Sie alle offenbar auch nicht. Damit stimmen wir über diesen Antrag zum Teuerungsausgleich ab.

Abstimmung

Änderungsantrag der Finanzkommission betreffend dem Teuerungsausgleich

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Finanzkommission, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005267, 18.12.24 16:18:21]

Der Grosse Rat beschliesst

Dem Antrag Zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Antrag wird angenommen mit 92 Ja-Stimmen gegen keine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung der Investitionsrechnung. Investitionen (ab Seite 309 des Budgetberichts unter Berücksichtigung der Änderungen im Anhang 2 des Berichts der Finanzkommission ab Seite 49)

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung des Budgets abgeschlossen.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Budget, NEIN heisst Ablehnung.



Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005269, 18.12.24 16:20:48]

Der Grosse Rat beschliesst

Das gesamtkantonale Budget 2025 wird wie folgt genehmigt:

Erfolgsrechnung

Betriebsergebnis Fr. -259'979'054

Finanzergebnis Fr. 248'319'006

Gesamtergebnis Fr. -11'660'049

Investitionsrechnung

Ausgaben Fr. -532'195'505

Einnahmen Fr. 29'323'550

Saldo Investitionsrechnung Fr. -502'871'955

2. Die Globalbudgets und die Soll-Werte 2025 der Wirkungsziele der fünf kantonalen Museen sowie das Globalbudget Öffentlicher Verkehr werden genehmigt.

3. Von den Änderungen der Investitionsübersichtsliste (IÜL) wird Kenntnis genommen.

Publikationsklausel

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Beschluss wurde mit 96 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

Es gibt einen Ordnungsantrag von Michael Hug zur Absetzung eines Geschäfts von der Traktandenliste. Herr Hug, Sie können kurz begründen.

Michael Hug (LDP): Nachdem aus der Kreuztabelle klar wurde, dass das Geschäft, wir reden vom Vollausbau der Kaserne, droht, an die Regierung zurückgewiesen zu werden oder abgelehnt wird, hat die BRK anlässlich ihrer vergangenen Sitzung darüber beraten, inwiefern ein gemeinsames Vorgehen der Kommission sinnvoll wäre. Die Kommission ist sich nämlich sehr einig darüber, dass die derzeitige Situation mit dem Leerstand eines grossen Teils des Gebäudes sehr nachteilig wirkt auf die ganze Entwicklung der Kaserne und auch finanziell belastend wird. Ein gemeinsames Vorgehen konnte letztlich nicht gefunden werden. Die Gründe für eine Rückweisung oder Ablehnung sind unterschiedlich. Zum einen wird der Vergabeprozess kritisiert, zum anderen die Einschränkung der öffentlichen Nutzungsplätzen, welche ohne Konsumzwang derzeit zur Verfügung stehen. Letztlich gibt es viele Stimmen, die sagen, der Betrag, der gefordert ist über 3 Millionen sei zu hoch für einen solchen Ausbau.

In den letzten Stunden wurden noch einige Änderungsanträge formuliert, welche sich auch mit der Ausschreibung befassen. Eine Beurteilung der Konsequenzen der formulierten Anträge ist jedoch so rasch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich und auch nicht mehr seriös. Eine Neutraktandierung ermöglicht es, die geplanten Änderungsanträge seriös zu beurteilen. Eine Rückweisung heute birgt hingegen die Gefahr, dass die Regierung nicht klar weiss, was sie überhaupt damit machen sollen, wie das Geschäft weiterbearbeitet würde. Der geplante Restaurationsbetrieb wäre dann wohl gänzlich vom Tisch. Es ist jedoch so, ohne den Vollausbau bleibt die Fläche weiterhin ungenutzt, was nicht nur Kosten für den Kanton verursacht, sondern auch den Gesamtcharakter des Kasernenhauptbaus beeinträchtigt. Das ursprüngliche Konzept sah ausdrücklich die Nutzung der Fläche als Restaurant vor, um zur Belebung des Perimeters beizutragen.

Wir wollen dem im nächsten Monat, weil die Neutraktandierung wäre im Januar geplant, nochmals eine Chance geben und im Zusammenspiel mit der Regierung und der Verwaltung abtiefen, welche Änderungsanträge jetzt sinnvoll wären. Und da wir ein qualifiziertes Mehr brauchen, wären wir sehr froh, Sie würden dieses Vorgehen unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Michael Hug beantragt, die Geschäftsnummer 96 auf nächsten Monat zu verschieben und er hat richtig gesagt, dafür braucht es eine qualifizierte Mehrheit von einem Zweidrittelmehr. Wir stimmen darüber.



2/3-Abstimmung

Ordnungsantrag Verschiebung Traktandum 96 auf Januar 2025

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 12 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005271, 18.12.24 16:24:54]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag zuzustimmen und das Geschäft im Januar erneut zu traktandieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Ordnungsantrag zugestimmt mit 75 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen. Ich übergebe das Wort an den Statthalter.

95. Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlöhnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 1995 (Lohngesetz, SG 164.100) betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen, Bericht der WAK

[18.12.24 16:25:03, 24.0748.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Andrea Knellwolf.

Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP): Ich komme direkt zu den Erwägungen der Kommission. Das grundsätzliche Anliegen, die Gesetzesgrundlage für die Einführung von Lohnnebenleistungen zu schaffen, war in der Kommission unbestritten. Da im Ratschlag allerdings nicht viel über die konkreten Massnahmen zu lesen war, hat die Kommission diesbezüglich weitere Informationen eingefordert. Bisher ist nur die Einführung des Jobtickets per 2025 vorgesehen, dafür sind im Budget 1,7 Millionen Franken eingestellt. Die Kommission wurde bei der Präsentation des Ratschlags darüber informiert, dass es sich beim Jobticket um die einzige Lohnnebenleistung handelt, die per nächstes Jahr eingeführt werden soll. Weitere Massnahmen sind in der Projektgruppe Arbeitgeberattraktivität in Diskussion, aber vor 2026 ist mit der Einführung von weiteren Lohnnebenleistungen zu rechnen.

Obschon die Einführung von Lohnnebenleistungen in der Kommission unbestritten blieb, so machte dennoch die Diskussion klar, dass der Umfang und die konkreten Massnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität durchaus umstritten sein könnten. Aus der Kommission wurde der Vorschlag geäussert, dem Regierungsrat eine finanzielle Obergrenze aufzuerlegen. Vorgeschlagen wurde die Festlegung eines maximalen Prozentsatzes der Lohnkosten, der künftig für die Lohnnebenleistungen aufgewendet werden darf. Der Vorschlag wurde nicht weiterverfolgt, da, wie von der Vorsteherin des Finanzdepartements ausgeführt wurde und wir haben es ihr auch geglaubt, voraussichtlich alle Lohnnebenleistungen dem Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Um dennoch einschätzen zu können, welches Ziel der Regierungsrat verfolgt, wurde die Frage gestellt, wo sich der Kanton als Arbeitgeber zwischen den KMU und den Grossfirmen positionieren wolle. Wie der Kommission dargelegt wurde, sei es das oberste Ziel, überhaupt Lohnnebenleistungen einführen zu dürfen. Der erste Schritt sei die Einführung des Jobtickets, andere Kantone haben bereits das Jobticket eingeführt und kennen weitere Lohnnebenleistungen. Im Zusammenhang mit der Einführung von Lohnnebenleistungen wurde der Kommission die bestehende Rabattliste für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung erklärt und erläutert, so dass die Kommission das Funktionieren dieser Rabattliste auch gut nachvollziehen konnte.



Die Kommission spricht sich einstimmig für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Lohnnebenleistungen aus. Auch wird das Jobticket als konkrete Massnahmen begrüsst. Von der Formulierung einer Obergrenze wurde abgesehen, da voraussichtlich, wie eben erwähnt, über alle weiteren Massnahmen die politische Diskussion im Grossen Rat geführt werden kann.

Die WAK beantragt Ihnen also einstimmig, den nachstehenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir haben keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 4 des Berichts)

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Titel (geändert)

§ 17a (neu)

Titel

1.

2.

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005274, 18.12.24 16:30:49]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Gesetz betreffend Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt (Lohngesetz) vom 18. Januar 1995 [1]) (Stand 1. Januar 2024) wird wie folgt geändert:

Titel (**geändert**)

Lohngesetz (LG)

§ 17a (neu)

Lohnnebenleistungen

1 Der Regierungsrat kann zur Gewinnung und zum Erhalt der Mitarbeitenden Lohnnebenleistungen ausrichten.

2 Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung



Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum und tritt am fünften Tag nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist oder im Falle der Volksabstimmung am fünften Tag nach der Publikation der Annahme durch die Stimmberechtigten in Kraft.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

97. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 sowie Nachtragskredit für 2025, Bericht der BKK

[18.12.24 16:30:54, 23.1578.02]

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Sprecherin Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Der Regierungsrat beantragt, dem Zoo Basel für die Jahre 2025 bis 2028 einen Betriebsbeitrag von insgesamt 5,8 Millionen Franken zu gewähren, was einem jährlichen Beitrag von 1,45 Millionen entspricht. Die BKK hat den Antrag an zwei Sitzungen beraten. An den Beratungen nahmen der Vorsteher des Präsidialdepartements, die Leiterin der Abteilung Kultur und die Leiterin der Kulturinstitutionen teil. Zudem hörte die Kommission eine Delegation des Zoos an.

Der Zoo Basel, der Zolli, wurde 1874, also vor 150 Jahren eröffnet. Der Zolli ist der älteste Zoo der Schweiz und engagiert sich aktiv für die Erforschung der Tierwelt sowie für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten und ihrer Lebensräume. Insbesondere erfreut sich der Zolli bei der Bevölkerung grosser Beliebtheit und leistet eine wichtige Bildungsarbeit, indem er auf niederschwellige Art und Weise den Zugang zur Natur kritisch reflektiert und so zum Schutz der Natur und der Biodiversität beiträgt.

Dieses Jahr feiert der Zoo Basel, wie gesagt, sein 150-jähriges Bestehen. Das breite Angebot des Zolli, das sich durch Naturschutz, Naherholung, Forschung und Bildung auszeichnet, ist aus dem kulturellen Leben der Region nicht mehr wegzudenken. Die grosse Beliebtheit in vielen Gesellschaftsschichten zeigt sich auch in der traditionell hohen Bereitschaft, den Zoo Basel mit Legaten und Spenden zu unterstützen, die unter anderem den Betrieb und die Erweiterung ermöglichen. Dieser Umstand wird es dem Zoo auch in naher Zukunft ermöglichen, seine Attraktivität für die Besucherinnen und Besucher weiter zu steigern. Durch den Bau eines Parkhauses am Erdbeergraben kann der Zoo auf dem heutigen Parkplatz um rund 6'000 m² expandieren. Der Bau des Parkhauses wird vollständig aus Drittmitteln finanziert. Zudem erhält der Zoo auf der gegenüberliegenden Seite des Dorenbach-Viadukts eine Fläche im Baurecht, die sogenannte Schutzmatte. Mit diesen Massnahmen kann sich der Zoo erstmals seit 60 Jahren räumlich erweitern. Die Fläche des Zoos vergrössert sich dadurch um 110'000 m² auf 131'000 m².

Ob der Zolli aber auch langfristig so grosszügig mit Drittmitteln bedacht wird, ist fraglich. Dies liegt nicht an einer abnehmenden Popularität des Zolli, sondern unter anderem an der stetig wachsenden Zahl von Institutionen, die aktiv Drittmittel einwerben. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Generationen potenzieller Geldgeber häufig weniger ortsgebunden sind und sich dadurch ein weniger traditionelles Verständnis hinsichtlich des Einsatzes ihrer Mittel zum Wohle der Gesellschaft auszeichnen. Diese Entwicklung ist ernst zu nehmen, da der Zoo in der Vergangenheit einen wesentlichen Anteil seiner Einnahmen aus Drittmitteln erzielt hat. Der Kanton muss diesen schleichenden Prozess aktiv begleiten und gegebenenfalls bereit sein, in Zukunft mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Hervorzuheben ist auch, dass dem Zolli gelungen ist, sich im Laufe der Zeit zu verändern und sich vorbildlich für eine artgerechte Tierhaltung einzusetzen. Durch grössere, den Bedürfnissen der Tiere angepasste Gehege konnten die Haltungsbedingungen in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Darüber hinaus leistet der Zoo durch die aktive Bewirtschaftung seiner weitläufigen Flächen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen heimischen Flora und Fauna, was in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

In der BKK ist man sich einig, dass sich der Kanton mit einem Staatsbeitrag an den Aktivitäten des Zolli beteiligen soll. Die Vertreterinnen und Vertreter des Präsidialdepartements betonten im Rahmen des Hearings die Bedeutung und die grosse Beliebtheit des Zoos in der Bevölkerung. Zudem erfüllte er seinen Leistungsauftrag in den Bereichen Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung professionell. Ein zentraler Aspekt für die Ablehnung des Erhöhungsgesuchs durch den Zoo ist aus Sicht der Regierung die überaus positive finanzielle Situation des Zoos. Darüber hinaus erfüllt der Zoo nicht die Voraussetzungen für einen automatischen Teuerungsausgleich der Personalkosten.



Im Rahmen der Anhörung wurde darauf hingewiesen, dass der Zoo Basel neben dem Staatsbeitrag das von ihm bewirtschaftete Land zu einem symbolischen Baurechtszins von 125 Franken pro Jahr erhält. Gemäss Ratschlag hat die zur Verfügungstellung dieser Grünfläche nach vorsichtigen Schätzungen ein Wert von rund 790'000 Franken pro Jahr. Dieser Umstand ist als erhebliche geldwerte Leistung an den Zoo Basel zu werten.

Nach der Veröffentlichung des regierungsrätlichen Ratschlags haben Vertreter des Zoo Basel die BKK gebeten, ihren vom Regierungsrat abgelehnten Antrag näher zu erläutern. In der Anhörung wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Staatsbeitrag seit 15 Jahren unverändert geblieben ist, obwohl der Zoo zahlreiche Leistungen und Angebote für die Öffentlichkeit erbringt. So übernehme er beispielsweise im Bereich der Förderung der Biodiversität sowie des Arten- und Naturschutzes Aufgaben, die eigentlich vom Kanton wahrgenommen werden müssten. Der Zoo hat bewusst auf eine Erhöhung der Eintrittspreise verzichtet, damit der Besuch für breite Bevölkerungskreise erschwinglich bleibt. Darüber hinaus wurden die stark gestiegenen Strompreise sowie die allgemeinen inflationsbedingten Kostensteigerungen, insbesondere im Personalbereich, als zusätzliche Belastung genannt. Schliesslich wiesen die Vertreter des Zoos darauf hin, dass der Aufwand zur Erwirtschaftung eines Spendenfrankens von Jahr zu Jahr steigt.

Die Vertreter des Zoos machten zudem deutlich, dass die für den Kanton Basel-Stadt erbrachten Leistungen korrekterweise mit mindestens 2'402'000 Franken im Jahr 2023 beziffert werden können. Sie beantragten jedoch nur 2 Millionen und verzichteten auf den effektiven Betrag von 2,4 Millionen Franken. Abschliessend betonten die Vertreter des Zoos, dass die zweckgebundenen Mittel im Wesentlichen gebunden sind und nicht zur Deckung des laufenden strukturellen Betriebsdefizits verwendet werden dürfen. Es bestehen keine Defizitgarantien von Mäzenen.

Der Zoo Basel wird von der Abteilung Kultur des Präsidialdepartements betreut. Obwohl diese Zuordnung auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheint, wird dieses Modell vom Zolli geschätzt. Dennoch hat die Kommission den Eindruck, dass der Zolli im Vergleich zu klassischen Kulturbetrieben eher stiefmütterlich behandelt wird. Dies erstaunt umso mehr, als der Zoo der grösste Besuchermagnet des Kantons ist und rund 49 Prozent aller Kulturbesuche ausmacht.

In der BKK besteht, wie bereits erwähnt, Einigkeit darüber, dass die Weiterführung des Staatsbeitrags an den Zoo unbestritten ist. Bei der Festlegung der Höhe des Staatsbeitrags war sich die Kommission jedoch nicht ganz einig. Die auf den ersten Blick stabile finanzielle Situation des Zoos darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch für den Zoo immer schwieriger wird, Drittmittel zu akquirieren. Zudem sind sowohl das Leistungsspektrum als auch die allgemeinen Betriebskosten deutlich gestiegen. Ein gewichtiger Grund für eine Erhöhung des Staatsbeitrags ist aus Sicht der Kommission die Tatsache, dass dieser seit 15 Jahren nicht mehr erhöht wurde und somit inflationsbedingt real sogar gesunken ist. Zudem leistet der Zoo unbestritten wichtige Arbeit. In Zukunft soll der Zoo eine noch wichtigere Rolle bei der Erforschung und Erhaltung tiergenetischer Ressourcen spielen. Die Erweiterungspläne des Zoos unterstreichen zudem seine Zukunftsfähigkeit und werden ihn in Zukunft noch attraktiver machen.

Die Kommission ist sich einig, dass der Zoo die nächste Staatsbeitragsperiode auch ohne Erhöhung des Staatsbeitrags finanziell gut überstehen kann. Angesichts seiner Bedeutung kann dies jedoch kein Argument sein, ihn nicht stärker zu unterstützen. Das von der Verwaltung immer wieder vorgebrachte Argument, das Land werde dem Zoo zu einem symbolischen Preis überlassen, ist nicht stichhaltig. Ohne Land gäbe es keinen Zoo Basel.

Aus der Diskussion wurden zwei Anträge zur Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo Basel formuliert.

Antrag 1. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 8 Millionen Franken, das heisst, 2 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Dieser Antrag kommt den Anliegen des Zollis vollumfänglich entgegen und anerkennt die vorgebrachten Argumente für eine jährliche Erhöhung des Staatsbeitrags um 550'000 Franken auf 2 Millionen Franken.

Antrag 2. Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 7,4 Millionen Franken, das heisst 1,85 Millionen Franken pro Jahr bewilligt. Die Befürworter dieses Gegnerantrags konnten die Begründung des Antrags des Zoos nicht im Detail nachvollziehen, um ihn vollumfänglich zu unterstützen. Um dennoch dem Erhöhungsantrag im Bereich der Personalkosten Rechnung zu tragen, wurden die Personalkosten des Jahres 2023 mit 3 Prozent multipliziert. Das Ergebnis von 396'328,84 wurde auf 400'000 Franken pro Jahr aufgerundet. Mit diesem Erhöhungsantrag soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Zolli über ungebundene Mittel verfügt, die frei verwendet werden können.

Die Anträge wurden einander gegenübergestellt. Der erste Antrag auf einen Staatsbeitrag von 2 Millionen Franken pro Jahr wird mit 10 zu 2 Stimmen angenommen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an die Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Da es sich hier um einen Nachtragskredit handelt, muss dies in der Finanzkommission behandelt und auch beschlossen werden und deshalb informiere ich hier als Vizepräsidentin der Finanzkommission ganz kurz und ziemlich formell. Die Finanzkommission hatte den Bericht der BKK, der ja eine Erhöhung des Staatsbeitrags an den Zoo gegenüber dem Regierungsrat beantragt, zur Kenntnis vorliegen.



Die Finanzkommission hat dem Nachtragskredit einstimmig mit 11 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an den Regierungspräsidenten Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Auch ich freue mich, dass wir heute über den Ratschlag zur Weiterführung der Staatsbeiträge an die Zoologische Garten Basel AG, wie es formell heisst, für die Jahre 2025 bis 2028 diskutieren können.

Der Zolli erbringt, wir haben es gehört und ich möchte es bestätigen und bestärken, eine äusserst wertvolle Leistung für Bildung, Erholung, Naturschutz und Forschung im Kanton. Der Zolli ist ausserordentlich beliebt beim einheimischen Publikum und beim auswärtigen Publikum. Er hat pro Jahr über eine Million Besucherinnen und Besucher und er ist führend auch in der Erforschung sowie mit Schutzprogrammen von bedrohten Tierarten. Nicht zuletzt vermittelt der Zolli mit seinem vielfältigen zoopädagogischen Angebot, besonders auch an Schulklassen aus der Region, wertvolles Wissen an Kinder, an Jugendliche, an Erwachsene. Das hilft, die Menschen für die Anliegen des Tier- und Artenschutzes zu sensibilisieren.

Nun ist der Zolli dieses Jahr 150 Jahre alt geworden. Er hat ein umfangreiches Jubiläumsprogramm realisiert. Auch der Kanton hat sich daran mit einem zusätzlichen Beitrag aus dem Swisslos-Fonds beteiligt und die beiden Teilprojekte «Zolli hinter den Kulissen» sowie «Zoo-Nächte» mit insgesamt 200'000 Franken unterstützt. Der Zolli hat schliesslich auch diesen Herbst seinen Masterplan 2049 bekannt gemacht, seine Entwicklungspläne in der Stadt, die hochehrfrohlich sind, allerdings aber nicht Teil der heutigen Beratung sind. Das alles zeigt, dass der Zoo Basel für den Kanton ein wichtiger Akteur, ein unbestritten unterstützungswürdiger Akteur ist, der viele vielfältige Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit erbringt.

Die finanzielle Struktur des Zollis gestaltet sich wie folgt: Das Gesamtbudget umfasst aktuell rund 22 Millionen Franken. Die Erlöse aus den Eintritten und Abos decken davon fast die Hälfte, nämlich 45 Prozent des reinen Zoobetriebs. Der Rest, der wird durch weitere Einkünfte durch das Zoorestaurant, den Zolli-Laden, Vermietung von Liegenschaften und eben durch die auch schon prominent erwähnten Drittmittel erwirtschaftet. Die Bedeutung und Verwendung der Drittmittel in zweckbestimmten Fonds, teilweise aber auch für die Deckung der Betriebskosten, ist wichtig zu erwähnen. Der Kantonsbeitrag ist darin ein Element für die Deckung des Betriebs und macht rund 7 Prozent aus. Die Eigenwirtschaftlichkeit des Zolli Basel beträgt also rund 93 Prozent. Das ist beachtlich und natürlich eine ganz andere finanzielle Situation, als wir sie aus den auch zum Vergleich herbeigezogenen Kulturbetrieben kennen. Insofern ist das ein Vergleich, der etwas hinkt. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft, der ist auch kontinuierlich. Er beträgt 85'000 Franken und wird für Aufwände von Schulklassenbesuchen verwendet. Dazu kommen noch Beiträge der basellandschaftlichen Gemeinden sowie von Riehen, die machen zusammen rund 65'000 bis 80'000 Franken aus.

Der Regierungsrat hat den Antrag des Zolli sorgfältig geprüft und er schlägt Ihnen vor, die Staatsbeiträge für eine nächste Subventionsperiode von vier Jahren in gleicher Höhe wie bisher, also im Umfang von 1,45 Millionen Franken weiterzuführen. Bekanntlich entspricht das nicht dem Antrag der Trägerschaft, auch nicht dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission, die eine Pauschalhöhung um 550'000 Franken pro Jahr, also auf 2 Millionen Franken pro Jahr beantragt. Das Hauptargument für den Mehrbedarf, wir haben es gehört, sind gestiegene Stromkosten, teuerungsbedingte Anpassungen in Lohn- und Personalaufwänden. Der Zolli hat darauf selbst bereits mit einer Erhöhung der Eintrittspreise reagiert. Er macht als Begründung der Erhöhung aber geltend, dass die kantonalen Staatsbeiträge angesichts des laufend ausgebauten Angebots als einzig planbare Finanzhilfe anzupassen seien. Dies auch, um die strukturelle Abhängigkeit von Spenden, Legaten und Nachlässen zu reduzieren.

Auch der Regierungsrat kann das vom Zolli geäusserte Bedürfnis nach höherer Planbarkeit verstehen. Zugleich ist festzuhalten, dass der Zolli finanziell sehr stabil aufgestellt ist und immer wieder auch laufend grosse Begünstigungen von Privaten erfährt. Trotz Verständnis für die teuerungsbedingten Mehraufwände hat der Zolli eine grundsätzliche stabile Liquidität. Er verfügt mit rund 62 Millionen zweckbedingten Fonds und 4,6 Millionen Franken Eigenkapital über substanzielle Reserven. Auch hier, kein Vergleich mit einer Kulturinstitution, die Staatsbeiträge erhält, ist hier irgendwie angemessen, solche Eigenkapitalsituationen finden wir im Kulturbereich nirgends. Ich erwähne das deshalb so, weil die Sprecherin der BKK diesen Vergleich auch herangezogen hat. Aus diesem Grund ist der Regierungsrat denn auch nicht auf den Pauschalhöhungsantrag der Trägerschaft eingegangen. Dabei ist unbestritten, dass der Beitrag des Kantons Basel-Stadt, der eben unter 10 Prozent des Gesamtbudgets liegt, in erster Linie eine Anerkennung der öffentlichen Relevanz des Zoo Basels darstellt. Er begründet sich, Sie wissen das, historisch gesehen ja in einer Umwandlung des früheren Erlasses von Gebühren und der allgemeinen Versorgungsleistungen, also vor allem der Dienstleistungen der IBB, in einen Staatsbeitrag.

Ich möchte auch noch eingehen auf den Landwert des dem Zoo im Baurecht zur Verfügung gestellten Landes. Es sind rund 113'000 m² an bekanntlich bester städtischer Lage. Dieses Baurecht geht an den Zoo zu einem symbolischen Baurechtzins von eben 100 Franken pro Jahr. Der Wert des Landes, wenn man ihn normal in ein Baurecht abgeben würde, wären 790'000 Franken pro Jahr und das ist natürlich ein weiterer wesentlicher Beitrag des Kantons. Ich habe die Argumentation im Bericht der BKK nicht verstanden. Das Argument sei müssig, es gäbe ohne Land keinen Zoo. Es wurde jetzt auch wiederholt, dieses Argument, ohne es zu erläutern, ja, ohne Land gäbe es auch keinen Kanton Basel-Stadt und wenn Landwerte und Zinsen



und diese Kosten keine Rolle spielen würden, dann hätten wir wohl dieses Jahr keine Nachtsitzungen hier gehabt. Natürlich ist das eine geldwerte Leistung. Ich glaube, das ist ökonomisch eindeutig und ich finde, wir dürfen sie durchaus auch betonen, denn wir möchten ja auch zeigen, wie wichtig uns der Zoo ist und was wir für ihn alles tun. Übrigens haben die Baurechtsverträge eine Laufzeit bis 2070 und es ist keine Anpassung vorgesehen, also selbstverständlich ist keine Erhöhung des Baurechtszinses vorgesehen. Das erklärt vielleicht auch, warum wir jetzt hier auch nicht eine Erhöhung vorschlagen für die ja unbestrittenermassen aufgelaufene Teuerung.

Der Regierungsrat anerkennt, dass die BKK auf Basis des Ratschlags eine differenzierte und engagierte Diskussion geführt hat und eben jetzt mit ihrem Bericht auch diese Erhöhung um namhafte 550'000 Franken pro Jahr beantragt. Trotzdem bleibt der Regierungsrat bei seinem Antrag, er bittet um Genehmigung der Weiterführung des bisherigen Staatsbeitrages für die nächsten vier Jahre, eben dies vor dem Hintergrund der Reservenlage des Zoos, der Ertragslage des Zoos und auch der Spezialkonditionen beim Baurechtszins, die bis 2070 festgelegt sind. Wir sind überzeugt, dass wir dem Zolli mit einer Weiterführung auf bisheriger Höhe die absolut gerechtfertigte Bedeutung und Wertschätzung seiner vielfältigen Leistungen für den Kanton zum Ausdruck bringen können und ihn in keiner Weise, wie das jetzt heute auch gesagt wurde, stiefmütterlich behandeln werden würden. Das glaube ich, ist nicht angemessen gegenüber allen Stiefmüttern, aber auch nicht gegenüber dem Kanton Basel-Stadt.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Erste Sprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Entgegen dem «Chrüzlistich» folgt die Fraktion der SP in diesem Geschäft der Regierung. Danke Conradin Cramer für Ihr Votum, daher kann ich mich etwas kürzer fassen.

Wir haben in den Kommissionen und wahrscheinlich hier im Rat recht unterschiedliche Auffassung, wenn es um Geld vergeben geht und warum wir Geld vergeben. Was auch logisch ist und ich absolut nachvollziehen kann, auch beim Zolli. Auf der linken Seite wollen wir die engagierte Arbeit des Zoos honorieren und horchen auf, wenn wir befürchten, die Vermittlung könnte leiden und braucht finanzielle Unterstützung oder das Personal noch immer keinen Teuerungsausgleich bekommen hat oder bekommen wird. Ein linker Reflex und ein berechtigter. Auf der bürgerlichen Seite stelle ich einen anderen Reflex fest. Mit der Erhöhung des Staatsbeitrages an den Zolli will man mit einer Art Anerkennung, also einen Anerkennungspreis vergeben. Ein Leuchtturm soll doch noch mehr leuchten können. So kommt es mir vor. Das klingt jetzt sehr vereinfacht und auf beiden Seiten werden Kolleginnen und Kollegen aus der BKK mir sagen wollen, das ist schon etwas komplexer und dass es andere Argumente und mehr Argumente gegeben hat, die sie dazu bewogen haben, der Erhöhung zuzustimmen.

Die SP anerkennt, dass der Zoo vielfältige Leistungen zugunsten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit erbringt. Die Präsentation der Vertretung des Zoos in der Kommission war interessant und professionell und bis zu einem gewissen Grad ja auch nachvollziehbar. Allerdings, und das ist bewundernswert, die Finanzierung des Zoos durch Eintritte und Drittmittel wie Spenden und Legate ist sehr hoch. Daher gibt die SP der Regierung recht, die finanzielle Situation und die Liquidität sind intakt. Im Jahre 2023 gab es eine Umsatzsteigerung durch vermehrte Eintritte. Das klingt ja erstmal positiv, aber es gab auch eine Steigerung der Ausgaben, der Personal-, Energie- und PR-Kosten.

Da der Zoo wie andere Institutionen, die dem Staatsbeitragsgesetz unterlegen, keinen Teuerungsausgleich bekommt, hätte die SP bei so einer Erhöhung eventuell zustimmen können. Sie erinnern sich, unser linker Reflex. Und nun zum bürgerlichen Reflex und dem Leuchtturm, der den rechtlichen Grundlagen des Staatsbeitragsgesetz § 3 Abs. 2 lit. b widerspricht. Die Gewährung von Finanzhilfen setzt voraus, dass b, die Leistung ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. In Anbetracht der finanziellen Situation des Zoos, ihren Legaten, ihren Nachlässen und die nicht nur zweckgebundenen Fonds finde ich es zwar eine mögliche Geste, dass erfolgreiches Wirtschaften belohnt wird, also eben dieser Anerkennungspreis sozusagen vergeben wird, aber es widerspricht dem Staatsbeitragsgesetz, wie oben erwähnt.

Der Zoo ist nun beim PD angesiedelt und damit erhöht sich das oft kritisierte Kulturbudget und dies auf Kosten von Institutionen, die es trotz ihrer Strahlkraft und ihrer Leuchtturmfunktion in einem kulturellen Bereich tatsächlich brauchen. Es kommt mir so vor, wenn man jetzt dringend auf Staatsbeiträge angewiesen ist, wird man einfach abgestraft. Ja, man ist ja nicht wirtschaftlich und finanziell erfolgreich, egal, ob man kulturell erfolgreich ist. Ich denke, wir sind uns wahrscheinlich einfach nicht so einig, was ein Leuchtturm ist oder welche Institutionen hier in Basel alles Leuchttürme sind.

Ich bitte Sie im Namen der SP, der Regierung zu folgen und die Weiterführung der Staatsbeiträge zu bewilligen.

Ich danke Ihnen auch, Conradin Cramer, Sie haben es erläutert, auch der Vergleich mit den Kulturinstitutionen und den Legaten, sehr wichtig, und es ist eine seltene Gelegenheit, ich bin mit Conradin Cramer einig und ich unterstütze die Regierung. Bitte tun Sie dies auch.



Balz Herter (Mitte-EVP): Als nächster Fraktionssprecher kommt Joël Thüring für die SVP.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag der BKK zu. Ich war jetzt ein bisschen irritiert nach dem Votum von Frau Mazzotti, sie hat jetzt immer von den Bürgerlichen und dann von den Linken gesprochen. Also ich habe die Kommissionsberatung, und die bildet sich ja letztlich im Bericht unserer Kommission auch ab, und mit dem Abstimmungsresultat, es war 10 zu 2 beim Antrag und ich glaube, es sind mehr wie zwei Linke in der BKK, insofern ist diese Differenzierung zwischen links und rechts nicht ganz für mich nachvollziehbar. Da müssen irgendwelche Personen vielleicht, ich weiss nicht, jetzt anderer Meinung plötzlich sein, wenn Sie jetzt immer von den Linken und den Bürgerlichen sprechen, sind vielleicht gewisse Leuchttürme umgekippt, ich weiss es nicht. Jedenfalls, wir sind standhaft, wir sind für diesen Staatsbeitrag an den Zoo Basel in der Höhe, den die BKK Ihnen beantragt.

Ich finde, diese Vermischung, jetzt auch nicht nur von Frau Mazzotti, auch schon ein wenig von Regierungspräsident Cramer, aber auch schon im Bericht des Regierungsrates, der finanziellen Situation über die Finanzierung mit Drittmitteln, Legaten, etc. und den Betriebsmitteln etwas schwierig. Diese Drittmittel, und das wissen wir alle, die im Kulturbereich tätig sind, in einer Kommission, diese Drittmittel werden vor allem für ganz konkrete Dinge gesprochen. Sie finden praktisch niemand, der etwas Ihnen mitfinanziert für die laufenden Betriebskosten. Das sind vor allem Drittmittel, die dafür verwendet werden, um beispielsweise ein neues Vogelhaus zu finanzieren, um beispielsweise etwas Neues auf den Tieranlagen zu erstellen und nicht dafür, dass Hansli Meier oder Vroni Müller einen angemessenen Lohn für ihre Tätigkeit im Zoo erhält. So verhält es sich auch bei allen anderen Institutionen im Kulturbereich, die auch im Präsidialdepartement angesiedelt sind. Fragen Sie einmal den Direktor des Kunstmuseums oder den Direktor des Antikenmuseums, wenn der Drittmittel einwerben muss, dann geben ihnen diese Geber von Drittmitteln das nicht für den laufenden Betrieb des Hauses, sondern sie geben ihnen das für Sonderausstellungen. Und so ist es eben auch beim Zoo und deshalb finde ich diese Diskussion über das «Kässeli», die der Zoo Basel hat, und über die er dann allenfalls auch verfügen soll, etwas schwierig.

Dass der Zoo Basel finanziell gut dasteht, zeigt in erster Linie für den Moment, dass er in der Bevölkerung sehr breit akzeptiert ist. Aber wir haben vom Zoo Basel auch gehört, diese Drittmittelakquise wird a) immer schwieriger, sie wird immer aufwendiger, sie wird übrigens vielleicht auch immer aufwendiger, weil auch die fünf staatlichen Museen bei den ziemlich gleichen Drittmittelgebern anklopfen, um Drittmittel zu erhalten, und es kommt auch dazu, und das betrifft eben den Zoo Basel vielleicht noch etwas ganz speziell in den kommenden Jahren, dass diese Legate nicht mehr in der gleichen Grössenordnung vielleicht fliessen werden, fliessen können, weil wir eben auch sehen, dass heute die Verbundenheit zu lokalen, regionalen Institutionen etwas abnimmt. Die, die Ihnen heute ein Legat übermitteln, sind ja morgen nicht mehr da und die, die allenfalls heute da sind, sind eben nicht mehr so verankert, dass sie an den Zoo Basel oder auch an eine andere Institution denken.

Deshalb ist es aus Sicht der SVP-Fraktion jetzt richtig, diesen Staatsbeitrag zu erhöhen. Ich musste ein wenig schmunzeln, als Regierungspräsident Cramer gesagt hat, wir behandeln den Zoo Basel nicht stiefmütterlich und er hat sich gewehrt, dass wir das behaupten. Ich bin schon sehr lange in diesem hohen Hause und auch schon sehr lange in der Bildungs- und Kulturkommission und ich kann Ihnen also sagen, wenn eine Institution vom Regierungsrat sehr stiefmütterlich behandelt wurde, dann ist es der Zoo Basel. Wir erinnern uns, blicken wir zurück, der vorletzte Staatsbeitrag, er war noch unter Guy Morin, dem damaligen Regierungspräsidenten, hätte vorgesehen, dass dem Zoo Basel sogar die Mittel gekürzt worden wären. Die BKK hat diesen Kürzungsentscheid danach rückgängig gemacht und der Grosse Rat ist der BKK damals gefolgt.

Also der Regierungsrat hat sich in den letzten, man muss jetzt schon fast sagen, Jahrzehnten, was den Zoo Basel und den Staatsbeitrag an den Zoo Basel anbelangt, nun wirklich nicht von seiner spendabelsten Seite gezeigt. Das muss er auch gar nicht, er muss nicht spendabel sein, aber die Wertschätzung für den Zoo Basel, nun ja, sie ist vielleicht nicht überall ganz gleich gross im Regierungsrat wie für andere Institutionen. Das hören Sie übrigens nicht nur von mir hier an diesem Mikrofon, sondern das hören Sie durchaus auch von Personen, die beim Zoo Basel etwas näher sind. Das ist aber keine Kritik an Conradin Cramer, der dieses Amt ja erst vor wenigen Monaten übernommen hat, sondern vielleicht mehr eine Kritik allgemein an den Regierungsrat gerichtet. Und wir haben es auch gehört und es steht auch im Bericht, auch der Zoo Basel leidet unter den gleichen Problemen wie alle anderen Institutionen auch, die Teuerung schlägt auf vieles, die Lohnkosten werden dadurch nicht geringer und auch an anderer Stelle, beispielsweise bei den Energiepreisen wird alles sehr viel teurer.

Das sind eben genau die Dinge, die der Zoo Basel über seine Betriebsmittel finanzieren muss und genau da sind wir der Ansicht, sollte der Betrag nun endlich nach über fast zwei Jahrzehnten einmal erhöht werden, um eben auch diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Zoo Basel, das wurde ja von niemandem bestritten, hat eine wichtige Funktion in unserem Kanton, in unserer Region, es ist die meistbesuchte Kulturinstitution in unserer Region. Der Zoo Basel leistet einen wesentlichen und wichtigen Beitrag in der Vermittlung, für die Artenvielfalt, für die Biodiversität, und all diese Aufgaben übernimmt der Zoo Basel mit seinen Betriebsmitteln. Das sind Mitarbeitende des Zoo Basels, die hier für die Vermittlung einstehen, die hier diesen Aufwand haben, der Kinderzoo beispielsweise, der der Zoo Basel anbietet, das wird alles über ihre Betriebsmittel finanziert. Der Zoo Basel könnte dort auf dem Areal des Kinderzoos vielleicht auch etwas anderes anbieten und wäre damit vermutlich vielleicht sogar wirtschaftlich besser abgestützt. Er macht das nicht, weil er eben auch einen Beitrag zur Artenvielfalt, zum Naturschutz leisten will.



Deshalb glauben wir, ist es richtig, diesen Staatsbeitrag nun zu erhöhen. Wir sprechen hier immer noch von einem sehr moderaten Staatsbeitrag von maximal 2 Millionen Franken pro Jahr. Das dünkt uns jetzt im Kontext der Diskussionen über die Wichtigkeit dieser Institution für angemessen und deshalb bitten wir Sie, heute diesem Staatsbeitrag so zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Das Wort geht an Béla Bartha für das GAB.

Béla Bartha (GAB): Ich bin jetzt natürlich ein bisschen verwirrt, weil ich sicher jemand war, der mit Herzblut für diese BKK-Vorlage gestimmt hat, weil ich hier natürlich wählen muss zwischen vielleicht eher einer linken Position oder eben einer grünen, biodiversitätsfördernden Position. Ich hoffe natürlich auch, nachdem ich Joël Thüring jetzt gehört habe, dass er vielleicht in manchen Gelegenheiten, wenn es zum Beispiel beim nächsten Punkt 97 dann um die Kaserne geht, auch einen Schritt in Richtung vielleicht einmal mehr nach links macht und dort auch ein Wunsch hervorbringt, der vielleicht nicht immer seiner sonstigen Einstellung entspricht und da auch vielleicht grosszügiger ist.

Ob wir das hören wollen oder nicht, heute stehen wir vor einem erschreckenden weltweiten Rückgang der Vielfalt von Pflanzen und tiergenetischen Ressourcen. Ich verzichte hier, die vielen Zahlen herunterzubeten, die diese Aussage stützen. Dort, wo sich die Wildtiere noch in freier Wildbahn bewegen können, gehen ihre Habitate, ich erinnere hier mal wieder an die fast nicht mehr existierenden Regenwälder, in rasantem Tempo zurück. Im Zuge dessen werden in vielen Fällen die jeweiligen Populationsgrössen so klein, dass ihr langfristiges Überleben auch in freier Wildbahn nicht gesichert werden kann. Gleichzeitig haben wir eine Situation, wo immer mehr Menschen auf diesem Planeten immer weniger die Möglichkeit haben, Wildtiere in ihren natürlichen Habitaten anzutreffen und wenn Sie dies beispielsweise als Safari-Tourist versuchen, die Gefahr besteht, dass Sie eben diese letzten Gebiete auch noch zerstören.

Natürlich wünschen wir uns alle, dass es den Wildtieren wieder besser geht, die natürlichen Habitate global geschützt werden und die genetischen Ressourcen, von denen wir als Menschen direkt abhängen, nachhaltig gesichert sind, aber leider ist die Realität eine andere. Im Übrigen sind das häufig lokale Konflikte, die zur Gefährdung der letzten Population führen und von denen haben wir gerade im Moment leider eher mehr als weniger.

Hier kommen eben die Zollis ins Spiel. Zollis können speziell in einer solchen Biodiversitäts-Krisenzeit eine wichtige Rolle spielen und ich bin der Überzeugung, dass gerade diese Rolle als Retterin von gewissen Populationen in der heutigen Zeit sehr nötig ist und so leid es mir tut, wohl auch noch wichtiger werden wird. Es besteht natürlich die Hoffnung, und ich bin sicher der erste, der freudig alle Zollis der Welt abschaffen wird, dass sich die natürliche Umwelt in einer späteren Zukunft wieder erholt. Aber diese Perspektive sehe ich im Moment nicht. Daher ist es heute notwendiger denn je, dass es Beispiele gibt, wo Zollis, wenn sie global zusammenspannen, im Verbund befähigt sind, zumindest während einer gewissen Zeit Populationsgrössen zu stützen und die Anzahl von Individuen auf einem global gesehenen überlebensfähigen Niveau zu halten. Dieses Engagement wird durch die IUCN in einem Positionspapier bestätigt und für die Zukunft bekräftigt. Auch der WWF würdigt diese Arbeit der Zoos und bringt das Beispiel des Goldenen Löwenäffchens ins Spiel, das ohne den temporären Einsatz von Zuchtprogrammen in Zoos heute sehr wahrscheinlich ausgestorben wäre.

Nun wurde ich auch mit dem Vorwurf von unseren SP-Freunden konfrontiert, dass nirgends im BKK-Bericht erwähnt werde, für was der Unterstützungsbeitrag verwendet werden soll. Dem ist mitnichten so. Ich zitiere: «Als gewichtiges Argument für eine Aufstockung des Staatsbeitrages erachtet die Kommission den Umstand, dass der Staatsbeitrag an den Zoo seit 15 Jahren nicht mehr erhöht worden ist und inflationsbedingt somit sogar gesunken ist. Weiter leistet der Zoo unbestrittene Massnahmen, bedeutende Arbeit im Bereich des Artenschutzes und der Artenvielfalt. Künftig wird im Zoo wohl eine noch wichtigere Rolle in der Forschung und der Erhaltung tiergenetischer Ressourcen zukommen.» Nun, wenn das nicht im Bericht stehen würde, dann müsste ich zugeben, dass ich meinen Job nicht gemacht hätte, aber so?

Investieren wir in diesen Zolli, investieren wir in diese genetischen Ressourcen, in diese Tiere, geben ihnen ein würdiges Umfeld und investieren auch in ihre Gehege und in ihre artgerechte Haltung, aber investieren wir eben zusätzlich in die weiteren Erhaltungsbemühungen des zoologischen Gartens und die nicht nur in der Schweiz, sondern eben auch weltweit. Deshalb bitte ich den Grossen Rat, dem Bericht und dem Erhöhungsantrag der BKK zu folgen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Für die FDP hat das Wort David Jenny.

David Jenny (FDP): Der Zolli ist Teil der Basler DNA. Er ist wirklich die Institution, die von fast allen geliebt und auch besucht wird. Das zeigen die Zahlen, da kommt keine andere Institution heran. Für gross und klein, für Stiefmütter und Nichten und Neffen und alles, was sonst noch krecht und fleucht. Ich glaube, Basel an mym Birsig ist nur mit dem Zolli denkbar. Das war eine etwas pathetische Einführung, jetzt gehen wir zu den Niederungen des Staatsbeitragsgesetzes. Das wurde ja schon von Frau Mazzotti vorgebracht und wird dann noch fachkundiger von Frau Keller vertieft werden.



§ 3 des Staatsbeitragsgesetzes sagt, Finanzhilfe ist ein geldwerter Vorteil, der einem Empfänger ausserhalb der kantonalen Verwaltung gewährt wird, um freiwillig erbrachte Leistungen im öffentlichen Interesse zu erhalten oder zu fördern. Der Zolli erbringt freiwillig sehr grosse Leistungen, Béla Bartha hat das hier aufgezeigt, auch mit Schulklassen, etc., Vermittlungen, das heisst, er könnte diese auch nicht erbringen. «Im öffentlichen Interesse erbracht» zu definieren, etc., hat eine gewisse, ja, wahrscheinlich, Geschichte. Wahrscheinlich alles, was der Zolli tut, ist freiwillig im öffentlichen Interesse. Er ist ja auch eine gemeinnützige Aktiengesellschaft.

Dann wird darauf hingewiesen, dass diese ohne die Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht werden kann. Da ist jetzt die Frage, auf was fokussieren wir, immer auf das Gesamtbild oder sagen wir, es gibt mehr oder weniger eine Abteilung im Zolli, das sind diese Leistungen, die hier beschrieben wurden. Und da ist eben das Argument schon so, für diese braucht es auch zusätzliche Mittel und nicht nur die Mittel, die aus den Tickets und den Zolli-Klassen und den Mäzeninnen und Mäzenen erwirtschaftet werden. Wir schauen auch bei anderen Institutionen auf einen Ausschnitt der Rechtsperson hin. Ich meine, zum Beispiel die Bibliotheken der GGG haben keine eigene Rechtspersönlichkeit, da rechnen wir auch nicht immer das gesamte Vermögen der GGG hinzu. Da ist unser Zolli vorbildlich transparent, es ist nämlich praktisch alles innerhalb der AG. Wir könnten uns andere Strukturen vorstellen. Es gibt andere Institutionen, die haben nebensächlich eine Stiftung, dort sind all diese Mittel parkiert, werden dann ausgerechnet, da könnte man ja noch eine Tochtergesellschaft schaffen für Vermittlungsangebote und die möglichst dürftig ausstatten, damit die Armut auch dem Staat klar wird. Ich meine, das wollen wir alles nicht.

Und dass wir bei Institutionen mit grosser Strahlkraft, die wirklich viel für uns bringen, viel für die breite Bevölkerung, vielleicht manchmal, ich gebe es zu, nicht ganz am Buchstaben des Gesetzes haften, haben wir praktisch einstimmig unter Einschluss der SP bei der Fondation Beyeler gemacht. Dort hat die SP nicht geschrien, hier wird eklatant das Staatsbeitragsgesetz verletzt. Also dieser Vorwurf ist jetzt wirklich reserviert worden für den Zolli. Ich glaube, wir verletzen es nicht, wir setzen etwas fort und wenn es wirklich verletzt ist, dann hätte die SP sagen müssen, null, und das getraut sie sich ja dann auch nicht ganz. Also wenn Sie wirklich sagen, die einzig richtige Auslegung ist, dass eine Institution wie der Zolli, der sorgfältig wirtschaftet, der wirklich sich bemüht um Drittmittel, kein Geld gegeben werden darf, dann bitte, stellen Sie diesen Antrag und machen Sie sich entsprechend lächerlich. Ich glaube, die Regierung hätte diese, ich sage aus meiner Sicht, auch relativ grosszügige Erhöhung vermeiden können, wenn Sie einfach den Inflationsausgleich gewährt hätte. Auch die Geschichte, diese quasi Sparaktion, da war sie quasi konsequent, ganz zu streichen. Ja, die hallen natürlich auch ein bisschen nach.

Ich glaube nicht, dass die Regierung den Zolli stiefmütterlich behandelt, aber eine gewisse klassenkämpferische Attitüde gegen den Zolli schimmert nicht bei Herrn Cramer, aber vielleicht bei denen, die das Geschäft vorbereiten, etwas durch. Die sagen, da sollen doch die Reichen alles finanzieren, aber ich glaube, die Reichen müssen eben auch den Eindruck haben, dass diese Institution geschätzt wird. Ich glaube, dieses Geld ist wirklich gut investiert, damit auch in weiteren 150 Jahren wir Freude haben an einem Zolli, der wirklich ein Auftrag erfüllt für unsere Bevölkerung und für die ganze Welt, wie es vorher Béla Bartha besser geschildert hat, als ich es kann.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Antrag zu folgen. Der Landwert, ja, aber ich meine, wenn wir jetzt kommen, bitte hebt den Zolli auf, rodet alle Bäume dort und baut irgendwo, statt auf Konkurrenzieren, in Allschwil was auf, das ist ja völlig illusorisch, das wird immer eine grüne Lunge von Basel sein, mit oder ohne Zolli. Von daher ist der Landwert wirklich nur theoretischer Natur. Ich glaube, dieses Argument sticht nicht und in diesem Sinne bitte ich Sie wirklich, hier mal nicht der Regierung zu folgen und auch nicht der SP zu folgen, sondern einer Mehrheit in der BKK, die wirklich nicht rein bürgerlich zusammengesetzt war.

Balz Herter (Mitte-EVP): Nächste Sprecherin für die LDP ist Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Der Zolli Basel hat seit 150 Jahren eine grosse Strahlkraft und lockt jährlich 1,2 Millionen Besuchende an. Die Wertschöpfung für die Region ist gross und liegt bei bis zu 1,9 Millionen pro Jahr. 49 Prozent der Kulturbesuchenden in Basel besuchen den Zoo. Der Staatsbeitrag wurde seit 15 Jahren nicht angepasst, währenddem sich die Kostenstruktur erheblich verändert hat. Im Städtevergleich ist der Zoo Basel mit 1,22 Franken Subventionen pro besuchende Person im Vergleich zu 5,95 Franken pro Person in Zürich eher tief. Besonders zu erwähnen ist die 12 Hektaren grosse Parkanlage mit 1'100 Bäumen. Der Zoo ist eine grüne, gut gepflegte Lunge mitten in der Stadt Basel. Diese trägt dazu Sorge, was wiederum mit einem fairen Baurechtszins abgegolten wird.

Der Zoo Basel hat einen Mehrbedarf von 2,4 Millionen glaubhaft darlegt und danach schlüssig argumentiert, weshalb eine Erhöhung des Staatsbeitrages auf 2 Millionen zielführend ist. Der Einwand, dass der Zoo erhebliche Drittmittel einwirbt, ist nur teilweise zutreffend. Denn Geschenke, Spenden und Legate sind oft mit Auflagen verbunden, können nicht geplant werden und realisieren meist spezifische Projekte wie die Realisation eines bestimmten Tiergeheges. Es gibt keine Defizitgarantie durch Gönnerinnen und Gönner.



In Anbetracht der hohen Wertschöpfung für die Region, der Zoo wirtschaftet seinen Staatsbeitrag fast selbstständig wieder ein, und den gestiegenen Sachkosten mit den Strompreisen, erachtet es die LDP für angebracht, der Erhöhung gemäss BKK zuzustimmen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Als erste Einzelsprecherin hat sich Christine Keller gemeldet.

Christine Keller (SP): Wir haben nun einiges durchaus auch amüsantes gehört, von klassenkämpferischer Attitüde von Conradin Cramer oder seinen Mitarbeitern bis zu geradezu rabulistischen Argumenten. Ja also, wenn man der Meinung ist, diese Erhöhung sei nicht gesetzeskonform, dann müsse man natürlich konsequenterweise gerade alles ablehnen, das heisst, man will einen Gesetzesbruch mit dem bisher begangenen rechtfertigen. Alles etwas amüsant. Lieber Béla Bartha, Sie wissen von mir, dass die Biodiversität mir wirklich sehr am Herzen liegt. Diskutieren kann und sollte man, welche Rolle die Zoos dabei einnehmen sollen, dürfen, können. Welche Tiere soll er züchten? Macht es Sinn, Tiere zu züchten, die nachher nicht mehr ausgewildert werden können? Macht es Sinn, Elefanten oder Oran Utans zu züchten? Diese Diskussion wurde, das bedauere ich, nicht geführt gemäss BKK und auch Bericht des Regierungsrates. Schade, aber darum geht es ja heute nicht.

Heute geht es darum, ob wir diesen Staatsbeitrag, der bisher schon an der Grenze des Staatsbeitragsgesetzes war, auch noch doch deutlich erhöhen sollen. Es wurde nun mehrfach zitiert, David Jenny hat nur den ersten Absatz des Staatsbeitragsgesetzes zitiert, aber im § 3 Abs. 2 lit. b steht nun einmal, dass der Nachweis erbracht werden muss, dass die Leistung, die im öffentlichen Interesse liegt, ohne diese Finanzhilfe, das heisst, diese erhöhte Finanzhilfe nicht hinreichend erbracht wird. Und mit entwaffnender Offenheit sagt ja die BKK selbst in ihrem Bericht, man sei sich einig darüber, dass der Zoo auch ohne diese Erhöhung die nächsten vier Jahre unbeschadet überstehen würde. Damit ist einfach glasklar, dass die Voraussetzung für diese Erhöhung nicht gegeben ist und die ist auch nicht gegeben, wenn man sagt, das sei jetzt seit so langer Zeit nicht erhöht worden. Das ist keine Begründung. Die Aufgaben, die Béla Bartha gesagt hat, die können auch mit dem bisherigen Staatsbeitrag erfüllt werden.

Dass man jetzt sagt, ja, wir könnten ja anfangen, irgendwelche Abteilungen und Scheinkonstrukte zu machen, damit wir dann eine defizitäre Abteilung haben und die dann subventionieren, das kann ja nicht wirklich eine zielführende Argumentation sein. Tatsache ist, dass der Zoo 4,63 Millionen Eigenkapital hat und 62,5 Millionen gebundene Fonds. Wie gesagt, die Kommission ist sich einig darüber, dass das nicht nötig ist. Es ist eine Anerkennung, eine aus Sicht der Kommission offenbar sicher gut gemeinte Anerkennung für diese Leistung, aber das widerspricht nicht unserem Gesetz. Wir haben im Zusammenhang mit dem Budget wiederholt gesagt, wie wichtig der Rechtsstaat sei und wir seien keine Bananenrepublik, aber das gilt nicht nur für den Staat, der nimmt oder für den Staat, der eingreift, das gilt auch für den Staat, der gibt. Er muss willkürfrei diese Subventionen vergeben, sonst begibt er sich einfach ins Unrecht. Und wenn das in anderen Fällen zitiert wurde, dass das bei Beyeler auch schon gemacht wurde, so muss ich darauf hinweisen, es gibt keinen Anspruch auf Gleichheit im Unrecht. Das lernt man ziemlich früh mal in der Jurisprudenz. Und wenn man sagt, dieser Staatsbeitrag wurde nicht erhöht, ja, aber erstens ist das finanzrechtlich kein Argument und zweitens dürfte der Wert des Landes doch gestiegen sein. Das heisst, die Subventionen wurde sogar erhöht.

Ich bitte Sie also wirklich, jetzt für einmal bei der Regierung zu bleiben und danke Ihnen dafür.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Liste der Rednerinnen und Redner ist erschöpft, somit kommen wir zum Regierungsrat. Möchte er das Wort? Er wünscht es.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vielen Dank für die angeregte Diskussion und die Unterstützung von teilweise unerwarteter Seite. Ich glaube tatsächlich, es geht bei dem Staatsbeitrag an den Zoo Basel und bei den Fragen der Wertschätzung nicht um Klassenkampf und solche Geschichten. Ich glaube auch, dass sich Wertschätzung an Institutionen, in denen Freiwilligenarbeit geleistet wird, nicht ausschliesslich in Geld bemisst. Es gibt in diesem Kanton unendlich viel Gutes, was getan wird und keinen Staatsbeitrag bekommt. Der Zolli Basel bekommt einen Staatsbeitrag, einen betragslich gesehen auch durchaus namhaften in Relation zu den Eigenmitteln, nicht so Risiken im Vergleich zu anderen Institutionen, aber eben deshalb, weil der Zoo Basel in der Lage war und in der Lage ist, diesen hohen Eigenfinanzierungsgrad zu erreichen und zu halten. Und falls das in Zukunft einmal nicht mehr der Fall sein sollte, falls sich die Befürchtungen, die teilweise geäussert wurden, bezüglich der Lage bei den Spenden oder den Legaten oder den ganzen Nachlässen ändern sollte, dann besteht ja auch jederzeit bzw. nach vier Jahren die Möglichkeit, einen Staatsbeitrag anzupassen.

Das Staatsbeitragsgesetz als solches, das ist tatsächlich kein Wertschätzungsgesetz, sondern hat seine Kriterien und nach diesen Kriterien ist der Regierungsrat zum Schluss gekommen, Ihnen den unveränderten Staatsbeitrag zu beantragen. Und wenn ich von einem Sprecher höre, dass der Regierungsrat sich sozusagen diesen Erhöhungsantrag selbst eingebrockt hat,



weil er nicht die Teuerung gewährt hat, dann muss sich schon die Gegenfrage stellen, möchten Sie jetzt dem Zoo mehr geben oder möchten Sie dem Regierungsrat da eins auswischen? Ich meine, das kann es ja nicht sein. Die BKK wäre selbstverständlich frei gewesen und die Fraktion FDP wäre heute frei gewesen, einen entsprechenden anderen Erhöhungsantrag zu stellen. Also ich halte dieses Argument wirklich nicht für zielführend.

Und dann auch nochmals zu diesem Baurecht, auf dem ich jetzt da bewusst ein bisschen rumreite, selbstverständlich ist das eine geldwerte Leistung. Wir sollten da vielleicht mehr die Ökonomen und weniger die Juristen darüber sprechen lassen, aber wenn ich höre, das ist ja nichts wert, weil man könnte da ja nichts anderes machen, das würde ja immer grün bleiben, dann gilt das ja für ganz viele Orte in unserer Stadt. Auch ein denkmalgeschütztes Haus können Sie kaum verändern und trotzdem selbstverständlich ist die Überlassung etwas wert.

Ich finde, wir dürfen das auch anerkennend feststellen, dass wir als Gemeinwesen etwas tun für unseren Zoo, dass wir ihn wertschätzen ideell in Wort und Tat und auch finanziell, auch übrigens mit dem Antrag des Regierungsrats, den ich Ihnen nochmals ans Herz legen möchte.

Balz Herter (Mitte-EVP): Die Vizepräsidentin der Finanzkommission verzichtet auf ein Votum, die Sprecherin der BKK ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Nachtragskredit für 2025 (Seite 7 des Berichts).

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Der Regierungsrat beantragt, den Nachtragskredit nicht zu beschliessen.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Daher kommen wir gleich zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Grossratsbeschluss 1 Nachtragskredit

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005276, 18.12.24 17:28:24]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel wird ein Nachtragskredit in Höhe von Fr. 550'000 für das Jahr 2025 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Grossratsbeschluss angenommen mit 58 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2 Beiträge für 2025 bis 2028 (Seite 8 des Berichts).

Titel und Ingress

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt einen Gesamtbetrag von 5,8 Millionen Franken, jährlich 1,45 Millionen Franken.

Wir eröffnen hierzu die Debatte. Gibt es Wortmeldungen? Nein. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 59 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005278, 18.12.24 17:29:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben den Änderungsantrag mit 59 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Wir fahren fort in der Detailberatung.

Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0005280, 18.12.24 17:30:30]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Zoo Basel werden für die Jahre 2025 bis 2028 Ausgaben von insgesamt Fr. 8'000'000 (Fr. 2'000'000 p. a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter (Mitte-EVP): Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 92 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

98. Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Kaserne Basel für die Jahre 2025 bis 2028, Bericht der BKK

[18.12.24 17:30:39, 24.0701.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale Freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Nebst dem kulturellen Angebot leistet die Institution einen entscheidenden Beitrag zu einem guten gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier und durch



die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad an sozialer Kontrolle erreicht. Hinlänglich bekannt ist, dass nach der Sanierung und Umgestaltung des Kasernenhauptbaus dieser von der kHaus AG betrieben wird. Die kHaus AG hat sowohl operativ wie auch betrieblich nichts mit dem Kulturbetrieb des Vereins Kulturwerkstatt Kaserne Basel zu tun.

Die Kaserne Basel fällt zu einem Drittel in den Bereich der Jugend- und Alternativszene. Im Leistungsauftrag ist darum auch verankert, dass sie sich mit einem Drittel ihrer Tätigkeit als Partnerin zur besseren Sichtbarkeit für Bands und Gruppen aus der Region Basel einsetzen muss. Ein Drittel einer allfälligen Erhöhung des Staatsbeitrages an die Kaserne Basel würde entsprechend den Mitteln der Trinkgeldinitiative zugeordnet werden.

Die Kaserne Basel hat in ihrem Gesuch für die neue Staatsbeitragsperiode um eine Erhöhung von jährlich 447'393 Franken ersucht. Mit dieser Erhöhung soll ein Ausgleich der Teuerung und eine Lohnentwicklung für die Mitarbeitenden ermöglicht werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel haben am Hering erklärt, dass die Institution in den vergangenen Jahren eine ausserordentlich hohe Personalfuktuation zu verzeichnen hatte, häufig begründet mit den tiefen Löhnen. Zudem sei die Rekrutierung von qualifiziertem Personal enorm anspruchsvoll. Aktuell seien zwar alle Stellen besetzt, das bleibe aber nur so, wenn eine Lohnerhöhung gewährt werden könne.

Der Regierungsrat zeigt sich bereit, etwa einen Drittel der beantragten Erhöhung zu gewähren. Damit soll das Lohnniveau angehoben werden können. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kaserne Basel erklärten, dass etwa zwei Drittel dieser Erhöhung gebraucht würden, um die auflaufende Teuerung auszugleichen. Der dritte Drittel reiche aber nicht aus, um die Tieflohnsituation nachhaltig zu ändern. Man habe mittels eines bundesbasierten Modells faire Löhne modelliert und könne darum festhalten, dass eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 450'000 Franken notwendig wäre, um eine nachhaltige und faire Lohnentwicklung zu garantieren.

Nach dem Entscheid des Regierungsrats haben die Verantwortlichen der Kaserne Basel nochmals eine neue Berechnung des Lohnmodells gemacht und am Hearing dann der BKK einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Gemäss diesem Vorschlag wäre eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 312'986 Franken notwendig. Ebenfalls äusserten die Verantwortlichen der Kaserne Basel, dass sollte der Staatsbeitrag nicht erhöht werden, würden die Löhne trotzdem angehoben, damit die Institution nachhaltig gestärkt und das Knowhow gehalten werden kann. Dies müsste dann aber über interne Einsparungen und allenfalls einem Abbau von Leistungen geschehen.

Wie der Regierungsrat schätzt die BKK die professionelle Arbeit der Kaserne Basel insbesondere in den Bereichen Kultur, Kreativität und Diversität, aber auch hinsichtlich seiner Wirkung auf die umliegenden Quartiere im Kleinbasel ausdrücklich. Für einen Grossteil der BKK ist eine Erhöhung des Staatsbeitrages nachvollziehbar. Es ist der Kommission bewusst, dass die Löhne in den allermeisten Kulturbetrieben sehr tief sind und dass es für die Institutionen entsprechend schwierig ist, gut ausgebildetes Personal zu finden und zu halten. Allerdings ist sich die Kommission über die Höhe des neuen Staatsbeitrages nicht einig, ich komme nachher noch dazu.

Die BKK hat rund um die Finanzen der Kaserne Basel noch andere Themen diskutiert. Dass die Kaserne Basel keinen Anspruch auf einen Teuerungsausgleich hat, ist als kritisch zu betrachten. Dies vor allem, weil die Kaserne hohe Mietkosten hat, die in der Betriebsrechnung ausgewiesen sind. Dadurch fallen die Personalkosten unter die geforderten 70 Prozent der Gesamtkosten. Da wird gespannt auf die Umsetzung der Motion Eberhard gewartet. Problematisch ist zudem, dass gewisse Institutionen für ihre Lokale eine Miete entrichten müssen und andere nicht, was sich dann auf die 70 Prozent Lohnkosten auswirkt.

Die Eigenfinanzierung der Kaserne Basel liegt bei 18 Prozent. Die BKK erachtet das als eher tief und regt an, dass sich die Institution auch in diesem Bereich Gedanken macht. So können mittels einer Betriebsanalyse Potenziale ausgemacht und Prozesse optimiert und durch das Erkennen von Stärken und Schwächen und von Chancen und Risiken der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad gesteigert werden. Auch die Pachteinnahmen könnten überprüft und allenfalls angepasst werden.

Wie bereits erwähnt, ist sich die BKK nicht einig über die Höhe des Staatsbeitrags. Ein kleiner Teil der Kommission möchte gar keine Erhöhung, da sie der Meinung ist, dass die Kaserne Basel als privater Verein die benötigten Mittel eigenverantwortlich erwirtschaften soll. Die grosse Mehrheit der Kommission erachtet es aber als angebracht und notwendig, die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kaserne anzuheben. Eine Mehrheit der Kommission ist sogar der Ansicht, dass der Erhöhungsantrag des Regierungsrats nicht reicht. So sind in der Kommissionsdiskussion zwei Anträge gegenübergestanden.

Antrag 1 beinhaltet eine zusätzliche Erhöhung des Staatsbeitrages um 163'855 Franken. Damit wäre die gesamte Erhöhung beim zweiten Antrag der Kaserne Basel gewährleistet und die Löhne könnten gestärkt werden. Antrag 2 beinhaltet eine Erhöhung um 50'000 Franken. Mit dieser Erhöhung soll es der Kaserne Basel ermöglicht werden, dass ihr Betrieb, wie schon heute, bis drei Uhr nachts aufrechterhalten werden kann. Dies ist der BKK wichtig, weil durch die Bespielung des Areals die soziale Kontrolle und somit die allgemeine Sicherheit im gesamten Perimeter rund um die Kaserne steigt. Der zweite Antrag obsiegte mit 7 zu 6 Stimmen.



Darum beantragt die BKK mit 10 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung, für die Kaserne Basel insgesamt 15'398'148 Franken zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Herr Auderset möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Diese wird angenommen.

André Auderset (LDP): Frau Roth, wenn ich es recht verstanden habe, würde die Kaserne die Löhne der Mitarbeiter auch anpassen, wenn wir hier keine Erhöhung beschliessen. Ist das nicht das beste Argument dafür, darauf zu verzichten, weil es geht ja auch ohne?

Franziska Roth (SP): Herr Auderset, haben Sie mir gut zugehört? Ich habe gesagt, die Kaserne müsste die Löhne erhöhen, müsste dann aber irgendwo kürzen und vielleicht auch Leistungen kürzen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Vorab möchte ich der BKK danken für ihre Beratung und ihren Einsatz, dass wir jetzt diese Beratung noch in diesem Jahr abschliessen können, auch Ihnen, dem Plenum für die Zustimmung zur dringlichen Behandlung. Das hilft, dass die Kaserne nicht Anfang des nächsten Jahres möglicherweise mit Liquiditätsengpässen kämpfen muss und ist sicher im Sinne aller Beteiligten.

Die Präsidentin der BKK hat es schon ausgeführt, die Kaserne ist ein international etabliertes, ein prägendes Produktionshaus. Dank ihr, dank der Kaserne konnte sich in den letzten Jahren eine Stärkung all dieser Szenen in Tanz, Theater und populärer zeitgenössischer Musik entwickeln. Die Kaserne ist auf dem schweizerischen und europäischen Markt eine feste Grösse. Sie hat sich als attraktiver Co-Produktions- und Gastspielort für nationale und internationale Theater- und Tanzkompanien etabliert. Sie hat einen hohen Stellenwert in der Populärmusik für die ganze Region. Sie ist, man kann das so sagen, sozusagen ein alternatives Dreipartnenhaus. Man kann auch sagen, dass die Kaserne dafür subventioniert wird, der Popmusik eine Plattform zu geben und mit Popmusik, da sind durchaus die grossen Namen gemeint, aber auch die lokalen Bands und diejenigen, die international zusammenarbeiten. Gesamthaft trägt die Kaserne mit diesem Mix zu einem lebendigen und dynamischen Basler Kulturleben bei.

Zu erwähnen ist auch, dass die Kaserne ein Festivalzentrum ist. Sie ist das für das Theaterfestival Basel, an dem sich alle zwei Jahre rund sieben Spielstätten in der Region beteiligen, und sie ist Kooperationspartnerin für viele besonders wichtige Festivals in der Stadt. Ich nenne das Offbeat Jazzfestival, das Nachwuchsfestival Treibstoff, aber auch das HipHop-Festival beispielhaft für die zahlreichen neuen Festivals.

Die Finanzierungssäulen der Kaserne sind mit gut zwei Dritteln, also 68 Prozent, die kantonalen Staatsbeiträge. Die Eintritte und Aufführungen machen rund 12 Prozent aus, 15 Prozent entfallen auf sonstige Einnahmen. Das sind namentlich die Pachteinnahmen aus dem sehr erfolgreichen Gastronomiebetrieb. Dann gibt es noch 4 Prozent Liegenschaftsertrag, also sprich Vermietungen. Die Ausgabenpositionen sind zu gut einem Drittel, 37 Prozent, das Personal, zu 22 Prozent, der schon erwähnte Liegenschaftsaufwand, zu 20 Prozent die Veranstaltungen. Das Gesamtbudget, das liegt aktuell bei rund 5,5 Millionen Franken pro Jahr.

Zu erwähnen ist, dass mit Inkrafttreten des neuen Kulturvertrags zwischen den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft per Anfang 2022 die Kaserne zu den drei Institutionen gehört, die aktuell Beiträge aus der Abgeltung für kulturelle Zentrumsleistungen durch den Kanton Basel-Stadt erhalten. Das ist gut 1 Million Franken derzeit. Die Kaserne ist übrigens auch anderweitig wichtig in der Kulturpartnerschaft, denn sie ist vertraglich dazu verpflichtet, ihr Programm mit rund 30 Prozent Kulturschaffenden, Theatergruppen, Companies und Bands aus der Region zu buchen und das sichert Auftrittsmöglichkeiten für Gruppen, die aus dem Fachausschuss Darstellende Künste beider Basel oder vom Musikbüro unterstützt werden.

Zu betonen sind auch noch die Investitionen in die Räume der Kaserne. Mit Zustimmung der Finanzkommission hat der Regierungsrat entschieden, für die bauliche Sanierung des oberen Rossstalls total rund 13,6 Millionen Franken vorzusehen. Der Löwenanteil davon, 12 Millionen Franken, geht in die Sanierung der Fassade und des Dachstocks. Beides ist nötig aus Gründen des Bestandserhalts. Der kleinere Anteil von noch rund 1,6 Millionen Franken dient zur Erneuerung technischer Anlagen und dem Einbau einer Lüftung für die Reithalle. Dieser Prozess, dieser Investitionsprozess läuft parallel zur Staatsbeitragsbewilligung, aber ich glaube, für die Gesamtsicht ist es immer gut, wenn auch solche Informationen hier in der Debatte vorliegen.



Für die nächste Staatsbeitragsperiode hat die Kaserne einen Erhöhungsantrag um 447'000 Franken pro Jahr gestellt, dem der Regierungsrat nur teilweise entsprechen möchte. Der Antrag fokussiert vollumfänglich auf die Anpassung von Personalkosten. Die Trägerschaft hat einen Vorschlag entwickelt, der die Gleichbehandlung durch Lohnbänder je nach Funktion, Belastungsgrad und Einforderungen ermöglichen soll.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen, die Staatsbeiträge an die Kaserne für die nächste Subventionsperiode um 149'131 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit soll eine Anpassung des Lohnniveaus für das Personal der Kaserne ermöglicht werden. Diese Anpassung, sie ist auch nach Überzeugung des Regierungsrats notwendig aufgrund des grundsätzlich niedrigen Lohnniveaus und des Personalmangels, der herrscht, der es für die Kaserne schwierig macht, die fähigen Fachkräfte zu finden. Wie gesagt, die Trägerschaft der Kaserne hätte sich mehr gewünscht. Der Regierungsrat ist aber der Meinung, dass mit einem Antrag, der eine Steigerung des Gesamtstaatsbeitrages von 12 Prozent entspräche, dass das dann doch zu hoch wäre. Mit dem vom Regierungsrat beantragten zusätzlichen Betrag von gut 149'000 Franken pro Jahr kann der Personalaufwand im Vergleich zum Jahr 2022 um 7,5 Prozent angehoben werden. Das ist doch auch substantiell und damit kann die Rolle der Kaserne als faire Arbeitgeberin mit einem transparenten Lohnsystem gestärkt werden. Den konkreten Einsatz der Mittel selbstverständlich soll die Trägerschaft gemäss ihrer Priorisierung bestimmen.

Der Antrag der BKK, der nun höher leitet, sich annähert an den Antrag der Trägerschaft, den hat der Regierungsrat zur Kenntnis genommen. Er hält aber auch im Lichte der von der BKK vorgebrachten Argumente an seinem Antrag fest, dies auch im Sinne einer verhältnismässigen Entwicklung der Staatsbeiträge und einer Entwicklung, die dennoch einen Spielraum schafft für notwendige Anpassungen von Löhnen für Mitarbeitende. Ich bin überzeugt, dass der Vorschlag des Regierungsrats den gewünschten Akzent setzt für eine schrittweise Verbesserung des Lohnniveaus und damit für eine Stärkung der Kaserne als attraktiver und fairer Arbeitgeber. Vielen Dank, dass Sie diese Entwicklung unterstützen und vielen Dank, dass Sie sie im moderateren Sinne des Regierungsrats unterstützen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Sprecher für die FDP ist auf dem Weg ans Rednerpult, es ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Vorschlag der BKK. Sie ist aber insofern moderat, dass sie sich weiteren Erhöhungen widersetzen wird. Dass bezüglich der Entlohnung des Personals, ich sage jetzt immer abgekürzt Kaserne, ein Nachholbedarf besteht, den die Kaserne nicht vollständig alleine decken kann, wurde vom Regierungsrat anerkannt. Er ist bereit, einen gewissen Spielraum für Lohnanpassungen zu geben, der ist auch durchaus substantiell. Warum der Regierungsrat gerade in diesem Umfang den Forderungen der Kaserne nachkommen will, hat er nicht detailliert begründet. Auf der anderen Seite halten wohl die Lohnvergleiche, die die Kaserne Basel selber angestellt hat, nicht den allerstrengsten Anforderungen statt. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Kaserne in einem Sektor tätig ist, indem das gesamte Lohnniveau in unserem Kanton nicht massgeblich vom Staat und seinen Betrieben bestimmt wird, wie dies zum Beispiel bei Pflegeberufen der Fall ist. Die BKK anerkennt aber, dass eine zeitliche Einschränkung der Aktivitäten der Kaserne Basel auch Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Kasernenareal haben könnte. Dies ist ein bisschen auch eine weitere Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Auderset.

Zudem zeigt sich wiederum am Beispiel der Kaserne Basel, dass die geltende Regelung im Staatsbeitragsgesetz betreffend Teuerungsausgleich wirklich nicht die glücklichste aller Lösungen ist. Alleine auf einen gewissen Prozentsatz der Personalkosten abzustellen, ist insbesondere dann nicht zielführend, wenn die Sachkosten im Wesentlichen durch Mietzinszahlungen an, und hier ist es, glaube ich, der Staat selbst, verursacht werden, und dass natürlich ein sesshafter Kulturbetrieb relativ grosse Räumlichkeiten braucht und auch relativ wenig Spielraum da ist, das liegt in der Natur der Sache. Aus diesen Gründen können wir einer moderaten weiteren Aufstockung zustimmen, aber eine weniger moderate Aufstockung, wie es jetzt auch beantragt wird, lehnen wir ab.

Noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Veränderungen in unserer Kulturlandschaft, wie Sie bei uns in der Beratung vorgetragen wurden.

Zur Sparte Tanz. Auf dem Franck Areal entsteht oder entstand ja ein privat finanziertes Tanzhaus, welches vielleicht auch einige Überschneidungen mit dem Angebot der Kaserne haben wird. Diese Konkurrenzsituation wurde wahrscheinlich noch nicht analysiert, kann natürlich dann auch ein Thema sein, wenn es um die Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses gehen wird. Da ist die Frage, wenn dann Private finanzieren, aber die kommen ja dann vielleicht auch und klopfen noch um Staatsbeiträge an, aber ich glaube, die Situation wird nicht einfacher werden in vier Jahren bezüglich der Sparte Tanz und wie viel Angebot wir in Basel davon brauchen, auch in der eher freien Szene, und wer diese erbringen wird, zu welchem Preis.

Dann vielleicht etwas eine Feststellung, dass doch in letzter Zeit einige Betriebe und Festivals auch eingestellt wurden, mehr oder weniger freiwillig, und da ist auch die Frage, besteht wirklich dieses ganz grosse Angebot, geht das Angebot dann manchmal ein bisschen am Publikum vorbei. Das sind alles Fragen, denen wir uns wirklich auch widmen müssen in den letzten Jahren, damit wir dann als Steuerzahlerin und Steuerzahler ein Angebot finanzieren werden, das nicht nur tolle



Erwähnungen in der internationalen Kulturpresse finden wird, sondern eben im Wesentlichen auch vom hiesigen Publikum nachgefragt und geschätzt wird.

Aber in diesem Sinne danken wir der Kaserne für die gute Arbeit, die geleistet wurde, und hoffen, dass mit dieser Erhöhung, wie von der BKK vorgeschlagen, auch eine Grundlage gelegt wird für sehr gute Arbeit in der nächsten Staatsbeitragsperiode.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die LDP ist die Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP betrachtet die Freie Szene als wichtige Bereicherung des kulturellen Angebots in unserem Kanton. Sie fördert eine vielfältige Palette künstlerischer Ausdrucksformen und Stile, die oft abseits des Mainstreams entstehen und so innovative Ansätze ermöglichen. Diese Szene ist ein wichtiger Nährboden für aufstrebende Künstlerinnen und Künstler, die hier ihre Fähigkeiten entwickeln und sich einen Namen machen können. Die Kaserne fördert die Teilhabe an kulturellen Angeboten und ist durch ihre Niederschwelligkeit, insbesondere durch weniger formelle Räume und niedrigere Eintrittspreise einem breiten Publikum zugänglich. Das ist zu würdigen.

Allerdings, das von der Kaserne vorgeschlagene Lohnmodell ist im Detail nicht nachvollziehbar, um es vollumfänglich zu unterstützen. Zur Stärkung und Weiterentwicklung der Kaserne sprechen wir uns aber für eine teilweise Erhöhung des Lohnniveaus des Personals um 150'000 Franken pro Jahr aus. Damit kann die Teuerung ausgeglichen und den Herausforderungen des Kulturbetriebs Rechnung getragen werden. Zudem erwarten wir, dass das Vermittlungsangebot, das in der letzten Staatsbeitragsperiode mit einem Zusatzbeitrag unterstützt wurde, weitergeführt wird. Wir sind auch überzeugt, dass die Kaserne über zusätzliches Potenzial verfügt, um ihre Eigenwirtschaftlichkeit weiter zu steigern.

Im Hinblick auf die positive Wirkung der Kaserne auf die umliegenden Quartiere in Kleinbasel erachten wir es als sinnvoll und angemessen, den Staatsbeitrag um weitere 50'000 Franken zu erhöhen, die auch zur Verbesserung der Löhne der Mitarbeitenden der Kaserne verwendet werden sollen. Dies ist umso wichtiger, als die Kaserne mit ihrem Betrieb bis 3 Uhr morgens zur sozialen Kontrolle und damit zur öffentlichen Sicherheit beiträgt.

Die LDP-Fraktion beantragt Ihnen deshalb, dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Beitrag an die Kaserne um insgesamt 200'000 Franken pro Jahr zu erhöhen. Damit kann für die Jahre 2025 bis 2028 ein Gesamtbeitrag von 15'398'148 Franken zur Verfügung gestellt werden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die SP, wenn sie nicht länger als fünf Minuten hat, ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich versuche mich kurz zu fassen. Basel ohne die Kaserne ist für viele von uns unvorstellbar und das ist gut so. Die Bedeutung der Kaserne für unseren Kanton und darüber hinaus ist unbeschreiblich hoch und enorm. Wir haben es bereits gehört, seit 1980 ist die Kulturwerkstatt Kaserne Basel der zentrale Produktions- und Spielort für die regionale freie Szene in den Bereichen Tanz, populäre zeitgenössische Musik und Theater. Das 3-Spartenhaus ist heute ein national und international etablierter und prägender Produktions- und Gastspielort. Das Areal ist zudem längst identitätsstiftend für die umliegenden Quartiere geworden. Nebst der Bereicherung des kulturellen Angebots Basels leistet die Institution einen wesentlichen Beitrag zu einem besseren gesellschaftlichen und sozialen Miteinander im Quartier. Durch die Bespielung des Areals wird ein hoher Grad sozialer Kontrolle erreicht, welcher zur allgemeinen Sicherheit auf dem Perimeter beiträgt.

Die Kaserne beantragte eine Beitragserhöhung um 450'000 Franken jährlich. Dies mit der Begründung, dass es dem Betrieb gegenwärtig nicht möglich sei, das Personal, unter anderem im Dienstleistungssektor wie Technik, in einem angemessenen Ausmass zu entlohnen. Es werden deshalb vorwiegend Unqualifizierte oder Quereinsteiger*innen angestellt. Sobald sie aber besser qualifiziert sind, gehen sie oftmals weiter. Es ist schwierig, qualifiziertes Personal zu halten bei prekären Lohnverhältnissen. Für die SP-Fraktion und das GAB sind prekäre Arbeitsverhältnisse in der Kaserne nicht tragbar. Wir begrüssen zwar die Erhöhung der Staatsbeiträge im Umfang von 150'000 Franken für die Kaserne durch den Regierungsrat sehr. Die BKK entschied sich für eine Erhöhung um zusätzlich 50'000 Franken. Die SP-Fraktion vertritt zusammen mit dem GAB aber die Ansicht, dass aufgrund der grossen Bedeutung der Kaserne die Staatsbeiträge zusätzlich um 163'000 Franken pro Jahr angehoben werden sollen.

Hier möchte ich noch anmerken, dass die Kaserne ihre Ausgaben sehr plausibel dargelegt hat und sie sehr nachvollziehbar waren. Deshalb stelle ich an dieser Stelle, wenn ich das darf, ein Änderungsantrag. Ist das an dieser Stelle möglich?

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Der Änderungsantrag liegt uns bereits schriftlich vor, er ist gestellt.



Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion anerkennt den grossen Stellenwert der Kaserne für Kultur und für das gemeinsame Zusammenleben in Basel. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP und der GAB, die Antragsänderung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Frau Trevisan, nehmen Sie die Zwischenfrage von Jenny Schweizer an? Sie wird angenommen.

Jenny Schweizer (SVP): Sie haben gesagt, dass mit dem Erhöhungsbeitrag, der gesprochen werden soll für die Kaserne, qualifiziertes Personal für die Technik gefunden werden kann. Jetzt frage ich Sie, haben Sie das Gefühl, dass das bereits bestehenden Personal für die Technik nicht qualifiziert ist, wird dann das entlassen oder was soll mit dem geschehen?

Amina Trevisan (SP): Darum geht es nicht und ich will auch gar nicht in die operative Arbeit der Kaserne reinreden. Es geht einfach darum, einen Beitrag zu leisten, qualifiziertes Personal zu finden, das auch längerfristig dort bleiben soll.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche an dieser Stelle unsere Debatte. Wir führen sie aber genau hier fort. Ich habe mir notiert, dass Frau Gysin, Herr Bartha und Herr Thüning auf der Liste waren und so fahren wir morgen früh fort.

Schluss der 44. Sitzung

17:59 Uhr